



Auf der 100. Plenartagung des Ausschusses der Regionen (AdR) in der letzten Woche bekräftigte der Präsident des EP, Martin Schulz, wie wichtig angemessene Finanzmittel für die Europäische Union in den kommenden sieben Jahren seien und betonte die Notwendigkeit, der Gefahr eines wachsenden strukturellen Defizits der EU zu begegnen. Aus seiner Sicht bestehe die Chance, auch mit dem Europäischen Rat zu einer guten Einigung zum mehrjährigen Finanzrahmen zu kommen.

Staatssekretär Dr. Schneider – Vorsitzender der EVP-Fraktion im AdR und Mitglied des AdR für Sachsen-Anhalt - begrüßte den vorsichtigen Optimismus des Präsidenten des Europäischen Parlaments. Staatssekretär Dr. Schneider wies darauf hin, dass die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften bereits begonnen hätten, ihre Investitionsprogramme für die Jahre 2014 bis 2020 auf den Weg zu bringen, und dass daher ein rechtzeitiger Kompromiss zum mehrjährigen Finanzrahmen gebraucht werde.

Dr. Henrike Franz

## ☆ Aus den Institutionen (S. 2-6)

- KOM (I) ⇒ Vorschriften für öffentliche Daten begrüßt
- KOM (II) ⇒ Makroökonomische Anpassung
- KOM (III) ⇒ Kampf gegen organisierte Kriminalität
- Personalia ⇒ Reinhard Hönighaus neuer Pressesprecher
- AdR ⇒ 100. Plenartagung
- Eurostat (I) ⇒ Arbeitskosten
- Eurostat (II) ⇒ Weniger Schulabbrecher

## ☆ Aus den Fachbereichen (S. 7-12)

- Landwirtschaft ⇒ Verhandlungen zur Agrarreform
- Bildung ⇒ Verbraucherschutz im Klassenzimmer
- Forschung ⇒ HORIZONT 2020 in Hannover vorgestellt
- Handelsschutz ⇒ Moderne Instrumente sollen helfen
- Verkehr ⇒ Neue EU-Vorschriften für LKW
- EU-Nachbarschaftspolitik ⇒ Kooperation geht weiter
- Sozialer Dialog ⇒ Europa unter Druck
- Juvenes Translatores ⇒ Auszeichnung in Brüssel

## ☆ Was - Wann - Wo (S. 13-18)

- Film- und Land Sachsen-Anhalt ⇒ Screening am 25.04.13
- Vier Jahre Eurokrise ⇒ Vortragsveranstaltung
- Jugend ⇒ Ausstellung am Place Schuman
- Expertengespräch in Magdeburg ⇒ Lebensmittelsicherheit
- EUSA ⇒ Seminar für Bürgerinnen und Bürger
- Deutsch-Polnische Beziehungen ⇒ Vortrag in Magdeburg

## ☆ Ausschreibungen (S. 19-32)

- EMA ⇒ Stellenausschreibungen
- KOM ⇒ Sicheres Internet für Kinder
- EFSA ⇒ Mitgliedschaft in Gremien
- PMO ⇒ Stellenausschreibung – Direktor
- Unternehmensförderpreis ⇒ Beste Konzepte gesucht
- EIPA ⇒ EPSA – Verlängerung

## ☆ Kontaktbörse (S. 33-34)

- Europäische Projekte ⇒ Diverse Partnergesuche

## ☆ Büro intern - TIPP (S. 35-36)

- Tipp ⇒ Die Königlichen Gewächshäuser von Laeken

## ☆ So erreichen Sie uns (S. 37)



## Aus den Institutionen



### ➤ Europäische Kommission (I) ⇨ Verabschiedung der EU-Vorschriften für öffentliche Daten begrüßt (EAG)

Seien es Verkehrsinfos, Wetterdaten, Unternehmensregister oder Informationen zu Gerichtsverfahren - Unternehmen und Bürger sollen in Zukunft leichter Zugang zu Informationen haben, die die öffentlichen Stellen sammeln.



Die EU-Kommission begrüßte die Entscheidung der EU-Mitgliedstaaten. „Wir werden bald den so dringend benötigten Rechtsrahmen haben, um das erhebliche soziale und wirtschaftliche Potenzial ausschöpfen zu können, das sich aus der breiteren

Wiederverwendung öffentlicher Daten in der gesamten EU ergibt“, sagte die zuständige EU-Kommissarin Neelie Kroes.

Mit dieser Entscheidung erhalten alle Bürger und Unternehmen einen konkreten EU-weiten Rechtsanspruch, öffentliche Daten wiederzuverwenden. Dieser war in der ursprünglichen Richtlinie von 2003 noch nicht vorgesehen.

Damit hat jeder Bürger und jedes Unternehmen erstmals das Recht, auf digitalem Weg die offenen Daten umsonst oder zu niedrigen Kosten zu bekommen: Für Reproduktion, Bereitstellung und Verbreitung der Daten dürfen die Behörden höchstens die Grenzkosten berechnen.

Als Informationen des öffentlichen Sektors gelten nicht personenbezogene Daten, die von Stellen des öffentlichen Sektors erzeugt, gespeichert oder gesammelt werden. Studien zeigen, dass eine größere Verfügbarkeit öffentlicher Daten der Wirtschaft einen Schub im Umfang von EU-weit mehreren zehn Milliarden Euro geben könnte. Erstmals sind auch Bibliotheken, Museen und Archive einbezogen.

Europäisches Parlament und Ministerrat müssen der Entscheidung noch förmlich zustimmen.

Weitere Informationen in der ausführlichen Pressemitteilung.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-316\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-316_de.htm)

### ➤ Europäische Kommission (II) ⇨ Makroökonomische Anpassung (EAG)

Die makroökonomische Anpassung in Europa schreitet voran: Die Kommission hat im Rahmen ihrer neuen wirtschaftspolitischen Steuerung die Ergebnisse der in 13 Mitgliedstaaten durchgeführten Prüfungen vorgelegt.

Daraus geht hervor, dass die Leistungsbilanzdefizite verringert werden konnten, die Lohnstückkosten sich angenähert haben, die übermäßigen Immobilienpreise zurückgegangen sind und die Verschuldung der privaten Haushalte gesunken ist. Da jedes Land jedoch vor anderen



Herausforderungen steht und Ungleichgewichte unterschiedlicher Art zu bewältigen hat, werden die Wachstumsunterschiede in den kommenden Jahren fortbestehen.

In zwei Mitgliedstaaten, Spanien und Slowenien, können die Ungleichgewichte als übermäßig betrachtet werden. In Spanien stellt die äußerst hohe Innen- und Außenverschuldung eine ernste Gefahr für Wachstum und Finanzstabilität dar. In Slowenien bestehen aufgrund der Unternehmensverschuldung und des Bilanzabbaus der Banken wesentliche Risiken für die Stabilität des Finanzsektors, die sich auch auf die öffentlichen Finanzen auswirken. Ob die politischen Maßnahmen in diesen Mitgliedsstaaten angemessen sind, wird rechtzeitig zum Abschluss des diesjährigen Europäischen Semesters für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik bewertet, in dessen Rahmen am 29. Mai länderspezifische Empfehlungen angenommen werden.



„Im Rahmen unserer neu ausgerichteten wirtschaftspolitischen Steuerung können wir präventiv gegen makroökonomische Ungleichgewichte vorgehen und die Voraussetzungen für nachhaltiges Wachstum schaffen“, so Olli Rehn, für Wirtschaft und Finanzen und den Euro zuständiger Vizepräsident der Kommission. „Das entschiedene politische Handeln der Mitgliedstaaten und auf EU-Ebene trägt dazu bei, die europäische Wirtschaft wieder auf Kurs zu bringen. Nach wie vor stehen wir jedoch vor großen Herausforderungen, und es wird einige Zeit dauern, bis die Ungleichgewichte abgebaut sind, die in den zehn Jahren vor der Krise unkontrolliert wachsen konnten und an denen unsere Volkswirtschaften weiterhin schwer zu tragen haben.“

Die makroökonomischen Ungleichgewichte in mehreren Mitgliedstaaten müssen genau überwacht werden. Vor diesem Hintergrund ist ein klares Bekenntnis zu Strukturreformen erforderlich, damit sichergestellt wird, dass die Ungleichgewichte möglichst reibungslos abgebaut werden können und die Voraussetzungen für nachhaltiges Wachstum und neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Kommission erwartet außerdem, dass die elf Länder, deren Ungleichgewichte nicht als übermäßig erachtet wurden (Belgien, Bulgarien, Dänemark, Frankreich, Italien, Ungarn, Malta, die Niederlande, Finnland, Schweden und das Vereinigte Königreich), die Ergebnisse der eingehenden Überprüfungen in ihren nationalen Reformprogrammen sowie den Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen berücksichtigen. Für diese Länder wird die Kommission am 29. Mai einschlägige Politikempfehlungen zur Korrektur bestehender und Vermeidung neuer Ungleichgewichte vorlegen.

Weitere Informationen hier.

[http://ec.europa.eu/economy\\_finance/economic\\_governance/macroeconomic\\_imbalance\\_procedure/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/economy_finance/economic_governance/macroeconomic_imbalance_procedure/index_en.htm)

### ➤ Europäische Kommission (III) ⇒ Kampf gegen organisierte Kriminalität hat oberste Priorität (EAG)

Die EU-Kommission sieht in der organisierten Kriminalität nach wie vor ein erhebliches Bedrohungspotenzial für die innere Sicherheit der EU. Besondere Aufmerksamkeit sollte auch der Cyberkriminalität, dem Menschenhandel, der zunehmenden Gewalt ebenso wie Geldwäsche und



Korruption gewidmet werden. Zu diesem Ergebnis kommt die Kommission in dem aktuell veröffentlichten Jahresbericht über die Durchführung der EU-Strategie der inneren Sicherheit. „Eine der größten Bedrohungen für unsere innere Sicherheit ist die organisierte Kriminalität mit ihren schädlichen Auswirkungen auf die Wirtschaft, aber auch auf die Bürger Europas. Daher bleibt es ein



zentrales Ziel der EU-Strategie, Profite aus Straftaten aufzuspüren und einzuziehen“, so EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström.

Der Jahresbericht zieht Bilanz über bisher durchgeführte Maßnahmen und erläutert künftige Schritte. In diesem Jahr will die EU-Kommission unter anderem sicherstellen, dass das gerade in Betrieb genommene Schengener Informationssystem II voll funktionsfähig wird. Geplant sind auch ein Vorschlag über strafrechtliche Sanktionen für Geldwäsche und der erste EU-Antikorruptionsbericht.

Mehr Informationen finden Sie in der vollständigen Pressemitteilung.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-317\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-317_de.htm)

### ➤ Personalia ⇨ Reinhard Hönighaus wird neuer Pressesprecher in Berlin (EAG)

Die Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland hat einen neuen Pressesprecher: Reinhard Hönighaus wechselte Anfang April an die Spree. Hönighaus, Jahrgang 1975, war vorher als Chefkorrespondent der Financial Times Deutschland in Frankfurt und von 2007 bis 2010 als FTD-Korrespondent in Brüssel tätig.



Matthias Petschke, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland, sagte: „Ich freue mich, dass es uns gelungen ist, mit Reinhard Hönighaus wieder einen Medienprofi für die Leitung unserer Presseabteilung zu finden.“

[http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/11263\\_de.htm](http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/11263_de.htm)

Quelle: EU Nachrichten 06/13

### ➤ 100. Plenartagung ⇨ AdR als Brücke zwischen Bürger und EU (AL/CW)

Am 11. und 12. April 2013 fand die 100. Plenarsitzung des Ausschusses der Regionen statt. Den Auftakt dieser Sitzung bildeten die Ausführungen des Präsidenten des Europäischen Parlaments, **Martin Schulz** über den Stand der Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen 2014 bis 2020 (MFR).

Deutlich wurde, dass die Verringerung des Haushaltsdefizits (Differenz zwischen Mitteln für Verpflichtungen und Mitteln für Zahlungen) einen Kernpunkt der Auseinandersetzung zwischen Europäischem Parlament und Rat bei den Verhandlungen zum MFR darstellt. In diesem Kontext betonte der Präsident, dass das Parlament mit überwiegender Mehrheit gegen das zuletzt vorgelegte Haushaltskonzept der Staats- und Regierungschefs stimmte, da das EP nicht den Weg in eine Defizitunion gehen will. Weitere Schwerpunkte der Verhandlungen werden für das Parlament



vor allem eine wachstumsorientierte Politikgestaltung sowie eine Politik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit) bilden.

Mit Blick auf die Bewältigung der wachsenden Europaskepsis hat der Parlamentspräsident die Rolle des AdR im europäischen Entscheidungsprozess hervorgehoben. Der Präsident unterstrich die Notwendigkeit, Entscheidungen nah am Bürger zu treffen, um das schwindende Vertrauen der Bürger in die derzeitige Union neu zu vitalisieren. Es müssen dem Bürger sichtbare Ergebnisse, besonders in den Bereichen der regionalen Entwicklung, Gerechtigkeit und sozialen Sicherheit, geliefert werden. Für eine effektive Umsetzung dieses Zieles sei es daher notwendig, dass der AdR als



Dr. Michael Schneider

Interessenvertreter regionaler und lokaler Gebietskörperschaften und als Brücke zwischen dem Bürger und der EU Einfluss auf die europäische Gesetzgebung im Zusammenwirken mit dem Europäischen Parlament nimmt.

Die Notwendigkeit, Defizite im EU-Haushalt mit Blick auf eine wirksame Investitionspolitik zu verringern sei dabei voll und ganz zu unterstützen, so **Staatssekretär Dr. Schneider** in seiner Erwidern. Anhand eines Beispiels wurde verdeutlicht, dass Defizite im EU-Haushalt geplante Investitionen in Wachstum und Arbeitsplätze sowie ordnungsgemäße nationale Haushaltsabschlüsse und die Einhaltung der Schuldenbremse gefährden können. Im Hinblick auf eine stärkere Ausrichtung der Politikgestaltung hin zu den Bürgern verwies der Staatssekretär auf die Strukturfonds als sichtbarstes Erscheinungsbild der EU bei den Bürgern. Die Leistungsfähigkeit dieses Instrument muss den Bürgern gezeigt werden und dürfe nicht in Frage gestellt werden. Darum sei auch ein zügiger Abschluss der Verhandlungen zum MFR erforderlich um sicherzustellen, dass die Strukturfonds als Wachstumsmotor in den Regionen Europas und für den Bürger rechtzeitig und wirksam zu Beginn der neuen Förderperiode eingesetzt werden können.

### ➤ Eurostat (I) ⇔ Arbeitskosten (EAG)

Mit 30,40 Euro kostete eine Arbeitsstunde in Deutschland 2012 zwar mehr als im EU-Durchschnitt (EU27: 23,40 Euro, Euroraum: 28 Euro), aber weniger als in vielen EU-Nachbarländern.

Das EU-Statistikamt Eurostat stellte letzte Woche die Auswertung der Arbeitskosten in Europa 2012 vor. Höher als in Deutschland waren die Arbeitskosten in Schweden, Dänemark, Belgien,



Luxemburg, Frankreich, in den Niederlanden, Finnland und Österreich. Für Deutschland ergibt sich eine Veränderung der Arbeitskosten 2012/2008 von 9,1 % (EU27: 8,6%, Euroraum: 8,7%). Die Arbeitskosten in den EU

schwanken stark von Land zu Land: Die Bandbreite reichte 2012 von 3,70 Euro in Bulgarien bis 39 Euro pro Stunde in Schweden. Die Arbeitskosten setzen sich aus Bruttolöhnen und -gehältern sowie Lohnnebenkosten, wie z.B. den Sozialbeiträgen der Arbeitgeber, zusammen.

Die ausführliche Pressemitteilung finden Sie hier.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_STAT-13-54\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_STAT-13-54_de.htm)



## ➤ Eurostat (II) ⇨ Weniger Schulabbrecher (EAG)

Immer weniger junge Europäer brechen die Schule ab und immer mehr haben einen Hochschulabschluss. Das geht aus den Zahlen hervor, die die Europäische Statistikbehörde Eurostat veröffentlicht hat. Im EU-Durchschnitt belief sich der Anteil der Schulabbrecher im vergangenen Jahr auf 12,8 Prozent und ist damit im Vergleich zum Vorjahr um 0,7 Prozent gesunken. Der Anteil der 30- bis 34-Jährigen in der EU, die über einen Hochschulabschluss verfügen, ist von 34,6 Prozent im Jahr 2011 auf 35,8 Prozent im Jahr 2012 gestiegen.

Androulla Vassiliou, EU-Kommissarin für Bildung, Kultur, Mehrsprachigkeit und Jugend, erklärte dazu: "Die Fortschritte bei der Verwirklichung unserer Bildungsziele ist ein positives Signal in wirtschaftlich unsicheren Zeiten. Die Arbeitsplätze der Zukunft erfordern höhere Qualifikationen, und die Zahlen zeigen, dass immer mehr junge Menschen entschlossen sind, ihr Potenzial voll auszuschöpfen."

Große Unterschiede bestehen in beiden Statistiken zwischen den EU-Staaten sowie zwischen Mädchen und Jungen. In zwölf Mitgliedstaaten liegt die Schulabbrecherquote inzwischen unter der Europa-2020-Zielvorgabe von 10 Prozent. In Deutschland ist sie von 11,7 im Jahr 2011 auf voraussichtlich 10,5 Prozent im vergangenen Jahr gesunken. Der Anteil der 30- bis 34-Jährigen mit einem Hochschulabschluss lag in zwölf Mitgliedstaaten über der Europa-2020-Zielvorgabe von 40 Prozent. In Deutschland ist die Quote von 30,7 Prozent im Jahr 2011 auf voraussichtlich 31,9 im vergangenen Jahr gestiegen.



Mädchen erzielen insgesamt europaweit bessere Ergebnisse: Die Quote der Schulabbrecherinnen ist um 24 Prozent niedriger als die der Jungen. Dieser Unterschied ist besonders groß in Zypern, Lettland, Luxemburg und Polen, wo mehr als doppelt so viele Jungen die Schule abbrechen wie Mädchen. In Deutschland kommen auf 100 Jungen, die die Schule abbrechen, 88 Mädchen. Die Wahrscheinlichkeit, einen Hochschulabschluss zu erlangen, ist im EU-Durchschnitt bei Frauen um 27 Prozent höher als bei Männern. In Deutschland ist der Unterschied deutlich geringer. Hierzulande kommen auf 100 Männer mit Hochschulabschluss 106 Frauen.

Weiteres in den ausführlichen Pressemitteilungen hier

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-324\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-324_de.htm)

und hier. [http://europa.eu/rapid/press-release\\_STAT-13-56\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_STAT-13-56_de.htm) sowie auf den Seiten der Kommission : [http://ec.europa.eu/education/school-education/leaving\\_de.htm](http://ec.europa.eu/education/school-education/leaving_de.htm)



## Aus den Fachbereichen



### ➤ Landwirtschaft ⇒ Verhandlungen zur Agrarreform (EAG)

Zu Beginn der Trilogverhandlungen zur Reform der Europäischen Agrarpolitik zwischen Europäischer Kommission, dem Rat der EU-Staaten und dem Europäischen Parlament hat EU-Landwirtschaftskommissar Dacian Ciolos in Brüssel seine Unterstützung für eine politische Einigung bis Ende Juni unterstrichen und für eine ambitionierte Reform plädiert.



Ab jetzt werden circa 30 Verhandlungsrunden stattfinden. Zuvor hatten sich die Landwirtschaftsminister der EU-Staaten und das Europäische Parlament auf ihre Positionen zu den Kommissionsvorschlägen zur Reform der Agrarpolitik vom Oktober 2011 geeinigt.

Ciolos begrüßte die Unterstützung des Europäischen Parlaments und des Rates für Grundsätze der Reform. Nun gehe es um die Details: Ciolos unterstrich, dass beispielsweise das von der Kommission vorgeschlagene "Greening" der Landwirtschaftspolitik, also die Koppelung eines Teils der Direktzahlungen an Umweltmaßnahmen, nicht verwässert werden dürfe. Er unterstrich die Position der Kommission, dass Zahlungen für kleinere Betriebe erleichtert und die Transparenz der Direktzahlungen gewährleistet sein sollte. Die Reform der Landwirtschaftspolitik soll bis 2014 in Gesetzesvorgaben umgesetzt werden.

Hintergründe zu den Verhandlungen zur Agrarreform finden Sie hier.

[http://europa.eu/rapid/press-release MEMO-13-324\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-324_en.htm)

### ➤ Bildung ⇒ Verbraucherschutz im Klassenzimmer (EAG)

Lehrerinnen und Lehrer, die Ideen suchen, wie sie das Thema „Verbraucherschutz“ im Unterricht anpacken können, sollten einmal den „Consumer Classroom“ im Internet besuchen.

Die von der EU-Kommission zum Welttag der Verbraucherrechte präsentierte Webseite bietet hochwertige Unterrichtsmaterialien und interaktive Tools, um den 12- bis 18-jährigen Schülern Wissen und praktische Hinweise zu Verbrauchertemen zu vermitteln. Lehrer können ihre eigenen Unterrichtseinheiten zusammenstellen, vorhandene Angebote bewerten und sie mit ihren Kollegen aus ganz Europa teilen. Die vorgestellten Projekte behandeln ganz unterschiedliche Themen wie etwa Schulden, gesunde Ernährung oder Umgang mit Medien.

Zum Auftakt der Webseite startet auch ein Schulwettbewerb: Die Schule mit dem besten selbst entwickelten Bildungsprojekt zu Verbraucher-Themen gewinnt eine Klassenreise nach Brüssel.

<http://www.consumerclassroom.eu/de>

(siehe auch WS 12/13)

Quelle: EU Nachrichten 06/13



## ➤ Forschung ⇨ Neues Forschungsprogramm auf Hannover-Messe vorgestellt (EAG)

Die EU-Forschungskommissarin Máire Geoghegan-Quinn hat letzte Woche auf der Hannover-Messe das neue EU-Forschungsprogramm Horizont 2020 vorgestellt.



Vor Fachbesuchern aus der Transportbranche betonte die Kommissarin, dass mit dem neuen Forschungsprogramm erstmals Forschung und Innovation unter einem Dach vereint werden. "Mit Horizont 2020 wollen wir die Teilnahme an EU-geförderten Forschungs- und Innovationsprojekten vereinfachen. Wir wollen dem Steuerzahler bessere Resultate und mehr für sein Geld liefern – das ist vor allem jetzt wichtig, wo jeder Euro zählt."

Das EU-Forschungsprogramms Horizont 2020 will unter anderem verstärkt Forschung und Innovation in den Unternehmen fördern und dabei in Schlüsseltechnologien, wie ICT, Nanotechnologie oder Biotechnologie investieren. "Das ist gut für den Transportbereich, der 6,3 Prozent des BIPs in Europa ausmacht und fast 13 Millionen Menschen in Europa beschäftigt", hob die Kommissarin hervor. Besonderen Fokus lege das neue Programm auf die Beteiligung der kleinen und mittleren Unternehmen. Um die Klimaziele erreichen, die sich die EU-Staaten gesetzt haben, fordert die EU-Kommissarin von der Verkehrsbranche einen radikalen Wandel hin zur Entwicklung von intelligenten und umweltfreundlichen, integrierten Transportsystemen. Die Transportindustrie soll eine führende Rolle im neuen Forschungsrahmenprogramm übernehmen: "Als Rückgrat einer integrierten, mobilen Wirtschaft und mit einer Hauptrolle bei der Bewältigung unserer gesellschaftlichen Herausforderungen", so die Kommissarin.

Europa ist zwar in einigen Bereichen des Transportwesens führend, aber in anderen Kernbereichen hinkt es seinen Wettbewerbern hinterher, wie beispielsweise bei Hybridautos und der Entwicklung von Batterien. "Es ist wichtig, dass wir in den Bereichen, in denen wir den Markt anführen, stark bleiben und dort aufholen, wo es nötig ist", mahnte Máire Geoghegan-Quinn.

Die Rede finden Sie hier: [http://europa.eu/rapid/press-release\\_SPEECH-13-304\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-13-304_en.htm)

## ➤ Handelsschutz ⇨ Modernere Instrumente sollen helfen (EAG)

Die EU-Kommission will die Regeln für den fairen Wettbewerb und das wirtschaftliche Gleichgewicht bei internationalen Handelsbeziehungen verbessern.

Dazu hat die Kommission effizientere Antidumping- und Antisubventionsinstrumente vorgeschlagen, die europäische Unternehmen vor Benachteiligungen durch unlautere Handelspraktiken wie etwa staatlich subventionierte Wirtschaftsgüter schützen sollen.



Zudem sollen die Zollsätze für Importeure berechenbarer und transparenter werden.

Die Kommission will künftig unter anderem Unternehmen zwei Wochen vorher über vorläufige Antidumping- oder Antisubventionsmaßnahmen informieren und bei unlauteren Subventionen und





strukturellen Verzerrungen auf Rohstoffmärkten mit höheren Zöllen reagieren. „Dies ist ein ausgewogenes Paket mit wirklichen Verbesserungen für alle, die von Handelsschutzzöllen betroffen sind – Hersteller, Einführer und Nutzer“, sagte EU-Handelskommissar Karel De Gucht. „Wir wollen dafür sorgen, dass Unternehmen aus der EU besser auf unlautere Handelspraktiken ausländischer Unternehmen reagieren können, ohne dabei Verbrauchern oder Unternehmen, die auf Importe angewiesen sind, zu schaden.“

Antidumping- und Antisubventionszölle sind oft die einzige Möglichkeit für die EU, ihre produzierenden Wirtschaftszweige vor dem Schaden zu schützen, der ihnen durch unlautere Handelspraktiken ausländischer Unternehmen entsteht. Das handelspolitische Schutzsystem der EU, das seit 1995 kaum verändert wurde, muss auch den neuen Herausforderungen gerecht werden, die sich durch die Veränderungen der wirtschaftlichen Landschaft ergeben.

Mehr Informationen dazu finden Sie in der vollständigen Pressemitteilung hier.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-315\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-315_de.htm) und hier:

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-13-319\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-319_en.htm)

Informationen zum handelspolitischen Schutzsystem der EU gibt es [hier](#).

<http://ec.europa.eu/trade/tackling-unfair-trade/trade-defence/>

## ➤ Verkehr ⇒ Neue EU-Vorschriften für aerodynamische LKW (EAG)

Lastwagen in Europa sollen sparsamer, sicherer und klimafreundlicher werden. Das hat die Europäische Kommission am Montag dieser Woche vorgeschlagen. Mit ihren Vorschlägen will sie es Herstellern ermöglichen, aerodynamischere LKW zu entwickeln, die erheblich weniger Kraftstoff



verbrauchen und für mehr Sicherheit auf Europas Straßen sorgen. "Durch diese Änderungen wird der Straßenverkehr umweltfreundlicher und sicherer. Für die Verkehrsunternehmen bedeuten sie geringere Kraftstoffkosten, und den europäischen Herstellern verschaffen sie einen Vorsprung bei der Konzeption des

Lastkraftwagens der Zukunft, also eines umweltfreundlicheren LKWs für den globalen Markt", sagte EU-Kommissar Siim Kallas in Brüssel.

Durch abgerundete Führerhäuser und neue aerodynamische Luftleiteinrichtungen würden die Kraftstoffkosten pro LKW bei einer jährlichen Fahrleistung von durchschnittlich 100.000 km um rund 5.000 Euro pro Jahr sinken. Dadurch würde der CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro LKW um sieben bis zehn Prozent reduziert werden. Deutsche LKW legen derzeit rund 27 Milliarden Kilometer pro Jahr zurück. Für sie würde der Vorschlag der Kommission eine Einsparung von ungefähr 1,3 Milliarden Euro und über zwei Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr bedeuten.

Außerdem soll das Sichtfeld des Fahrers verbessert werden und dadurch die Sicherheit für die anderen Verkehrsteilnehmer – insbesondere Fußgänger oder Radfahrer – verbessert werden.

Keine Änderung gibt es bei der Zulassung der so genannten Gigaliner: Ob sie auf den Straßen fahren dürfen, entscheiden weiterhin allein die Mitgliedstaaten. Kein Mitgliedstaat ist verpflichtet, den Einsatz längerer Fahrzeuge zuzulassen, wenn er dies nicht für sinnvoll hält. Der



grenzüberschreitende Einsatz längerer Fahrzeuge kann von zwei angrenzenden Mitgliedstaaten genehmigt werden, solange sie Gegaliner bereits zulassen, der Einsatz auf den Verkehr zwischen diesen beiden Mitgliedstaaten beschränkt bleibt und den internationalen Wettbewerb nicht wesentlich beeinträchtigt.

Mehr Informationen entnehmen Sie bitte der vollständigen Pressemitteilung.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-328\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-328_de.htm)

Den vollständigen Vorschlag für die Aktualisierung der Richtlinie aus dem Jahr 1996 finden Sie hier.

[http://ec.europa.eu/transport/modes/road/weights-and-dimensions\\_en.htm](http://ec.europa.eu/transport/modes/road/weights-and-dimensions_en.htm)

Geltende Richtlinie 96/53/EG:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CONSLEG:1996L0053:20020309:DE:PDF>

### ➤ EU-Nachbarschaftspolitik ⇔ Kooperation geht weiter (EAG)

Viele der südlichen und östlichen EU-Nachbarstaaten hatten 2012 mit politischer Instabilität und wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen. Trotz der schwierigen Bedingungen habe sich die Zusammenarbeit aber intensiviert und positive Ergebnisse gebracht, stellt die EU-Kommission in ihrem Jahresbericht zur Nachbarschaftspolitik fest. Insgesamt bewertete sie die Entwicklung in 16 östlichen und südlichen Anrainerstaaten der EU. Dabei stellte sie große Unterschiede bei politischen Reformen und beim Aufbau „vertiefter und tragfähiger Demokratien“ fest.

„Wir haben unser Engagement für die Zivilgesellschaft der Partnerländer deutlich verstärkt, damit die Reformen von einer möglichst breiten Öffentlichkeit mitgetragen werden“, sagte Štefan Füle, EU-Kommissar für Erweiterung und Nachbarschaftspolitik.

Und Catherine Ashton, die Hohe Beauftragte der EU für Außenpolitik, erklärte zu den demokratischen Reformen in Nordafrika und Osteuropa: „Die Verzögerungen bei einigen Partnerländern sind natürlich bedenklich, doch darf das unseren Elan nicht bremsen.“

Die Menschen in den Nachbarländern hätten auch 2012 von der Zusammenarbeit mit der EU profitiert, etwa beim Bau sicherer Verkehrswege, in der Umwelttechnik, bei der Entwicklung erneuerbarer Energien oder durch Bildungsprogramme. Auch die Handelsbeziehungen seien enger geworden.

[http://ec.europa.eu/commission\\_2010-2014/fule/headlines/news/2013/03/20130320\\_en.htm](http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/fule/headlines/news/2013/03/20130320_en.htm)

Quelle: EU Nachrichten 06/13

### ➤ Sozialer Dialog ⇔ Europa unter Druck (EAG)

Die anhaltende Wirtschaftskrise führt zunehmend zu konfliktbeladenen Arbeitsbeziehungen in Europa und gefährdet den Dialog zwischen den Sozialpartnern, den Arbeitnehmern, Arbeitgebern und den Regierungen. Dies geht aus dem Bericht hervor, den die EU-Kommission zum Dialog der Sozialpartner in Europa vorgestellt hat. Für Deutschland stellt der Bericht weiterhin eine starke Einbeziehung der Sozialpartner fest, während andere Länder wie Dänemark, Schweden





und die Niederlande eine Schwächung der Sozialpartner unter dem Druck der Wirtschaftskrise verzeichnen.

László Andor, Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration, erklärte: "Der soziale Dialog ist vor dem Hintergrund einer schwachen makroökonomischen Nachfrage, von Steuererhöhungen und staatlichen Ausgabenkürzungen zunehmend unter Druck. Wir müssen die Rolle der Sozialpartner auf allen Ebenen stärken, wenn wir diese Krise überwinden und die Vorzüge des europäischen Sozialmodells erhalten wollen. Nur mit einem gut strukturierten sozialen Dialog können wir den demografischen Wandel bewältigen und bessere Arbeitsbedingungen und einen stärkeren sozialen Zusammenhalt schaffen.

Der soziale Dialog in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten ist derzeit deutlich schwächer ausgeprägt und muss gestärkt werden."

Die Einbeziehung von Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern bei staatlichen Reformen ist entscheidend, da Lösungen im Rahmen des sozialen Dialogs in der Regel größere gesellschaftliche Akzeptanz finden und in der Praxis leichter umsetzbar sind. In vielen Mitgliedstaaten haben Steuererhöhungen und staatliche Ausgabenkürzungen eine Welle von Arbeitskonflikten ausgelöst und gezeigt, wie umstritten einige der Reformmaßnahmen sind, die ohne sozialen Dialog eingeführt wurden.

Zum Bericht gelangen Sie hier.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=738&langId=en&pubId=7498>

Weitere Informationen in der ausführlichen Pressemitteilung.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-321\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-321_de.htm)

Presseartikel auf der Website der GD Beschäftigung:

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=1856&furtherNews=yes>

Sozialer Dialog auf europäischer Ebene:

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=329&langId=de>

László Andors Website: [http://ec.europa.eu/commission\\_2010-2014/andor/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/andor/index_de.htm)

László Andor auf Twitter: <http://twitter.com/LaszloAndorEU>

Abonnieren Sie den kostenlosen E-Mail-Newsletter der Europäischen Kommission zu den Themen Beschäftigung, Soziales und Integration unter <http://ec.europa.eu/social/e-newsletter>

## ➤ Beste Nachwuchsübersetzer ⇒ Thüringer Schüler in Brüssel ausgezeichnet (EAG)

Die 27 jungen Sieger des europäischen Übersetzungswettbewerbs "Juvenes Translatores" haben in Brüssel ihre Auszeichnungen aus der Hand der EU-Kommissarin Androulla Vassiliou entgegengenommen.



Mit dabei der deutsche Nachwuchsübersetzer Valentin Donath von der Thüringer Salzmannschule Schnepfenthal. Mit seiner exzellenten Übersetzung aus dem Estnischen ins Deutsche überzeugte der Thüringer Schüler die europäische Jury. Bei einem Schüleraustausch nach Estland vor zwei Jahren hatte Valentin



Donath die Sprache für sich entdeckt. Das Sprachgymnasium Salzmannschule Schnepfenthal nahm bereits fünf Mal an "Juvenes Translatores" teil und zum dritten Mal gewinnt einer seiner Schülerinnen und Schüler.

Mehr Informationen finden Sie hier: [http://ec.europa.eu/translatores/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/translatores/index_en.htm)

**Juvenes Translatores** (lateinisch für "junge Übersetzer") ist ein Übersetzungswettbewerb für Schüler an weiterführenden Schulen in der Europäischen Union. Er wird seit 2007 jährlich von der Generaldirektion Übersetzung (DGT) der Europäischen Kommission organisiert



**Der nächste Wettbewerb findet im November 2013 statt**



## Was - Wann - Wo



### ➤ Filmland Sachsen-Anhalt ⇒ Screening am 25.04.2013 (EAG)

Der Europaminister des Landes Sachsen-Anhalt, Rainer Robra, lädt herzlich am **25. April 2013** zu zwei Filmvorführungen in die Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt in Brüssel ein: der Nachmittag beginnt mit dem Märchenfilm „Die zertanzten Schuhe“, gefolgt von der Komödie „Mann tut was Mann kann“, beides Produktionen mit Drehorten in Sachsen-Anhalt.

**Zwischen beiden Filmen gegen 17:30 Uhr wird ein Imbiß geboten und es besteht die Gelegenheit, Fragen an die Vertreter der Filmproduktionen zu stellen.**

#### „Die zertanzten Schuhe“ Beginn: 16:15 Uhr

König Karl ist verzweifelt: Seine zwölf Töchter haben



Geheimnisse vor ihm - jeden Morgen sind ihre Schuhe zertanzt. Keine der Prinzessinnen will oder weiß zu sagen, was des Nachts mit



ihnen geschieht. Auch nicht die älteste Tochter Amanda, deren Schuhe als einzige nie Löcher haben. Schon viele Prinzen hatten ohne Erfolg versucht, das Geheimnis zu lüften. Vom Versprechen auf eine Prinzessin angelockt, bezahlten sie ihr Scheitern mit dem Galgen.



Soldat und Puppenspieler Anton lässt sich nicht abschrecken. Er hat sich beim ersten Anblick Amandas sofort in sie verliebt. Das weckt die Eifersucht des intriganten Hofmeisters, der sich selbst Hoffnungen auf den Thron macht. Eine geheimnisvolle Alte hilft Anton mit einem Tarnmantel. So schafft er es, unbemerkt den zwölf Prinzessinnen in eine verzauberte Unterwelt zu folgen. Nur, wenn er die Prinzessinnen verrät, würde sie das unglücklich machen. Wenn er schweigt, droht ihm der Strick. Mit einem Trick zieht sich Anton aus dieser doppelten Schlinge und führt das Märchen zum überraschenden Happy End.



### **„Mann tut was Mann kann“ Beginn: 18:30 Uhr**

[Wotan Wilke Möhring](#) (Darsteller), [Jasmin Gerat](#) (Darsteller), [Marc Rothemund](#) (Regisseur)



Verfilmung des gleichnamigen Romans von Hans Rath. Im Mittelpunkt steht Paul, ein lässiger Typ und ein überzeugter Single, dessen Haltung jedoch ins Wanken gerät, als seine Traumfrau einen



anderen zu heiraten droht – dies will er mit allen Mitteln verhindern, wobei er sich jedoch nicht sonderlich geschickt anstellt. Zugleich muss der arme Kerl mehr oder weniger freiwillig seinen beiden besten Freunden bei deren Frauenproblemen beistehen: Da ist zum Einen der notorische Fremdgänger Schamski, der seine Frau mit der Sekretärin betrügt und somit seine dritte Ehe zu ruinieren droht, und zum Anderen der Computernerd Günther, der viel zu schüchtern ist, um die von ihm angebetete Kellnerin anzusprechen.



Kein geringerer als der deutsche Erfolgsregisseur Marc Rothemund ("Sophie Scholl - Die letzten Tage", "Harte Jungs") steckt hinter dieser charmanten Komödie mit hochkarätiger

Besetzung. Beliebte Gesichter wie der aktuell schwerst angesagte neue "Tatort"-Kommissar Wotan Wilke Möhring, Oliver Korittke oder Jan Josef Liefers sind hier mit von der Partie. Der Film basiert auf dem gleichnamigen Bestseller von Hans Rath und wird nun auch die Herzen von Fans romantischer Komödien erobern. Charmant und liebenswert inszeniert.



Anmeldungen sind bis zum 22.04.2013 unter der E-Mail-Adresse: [sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de](mailto:sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de) oder unter der Telefonnummer +32 (0) 2 741.09.31 möglich. Bitte geben Sie an, für welchen Film Sie sich anmelden. Plätze stehen nur in begrenzter Anzahl zur Verfügung. Frühe Anmeldungen werden vorrangig berücksichtigt.

### ➤ Vier Jahre Eurokrise ⇒ Vortragsveranstaltung mit anschließender Diskussion (CBn)

Die Landesvertretung Sachsen-Anhalt lädt **am 24. April 2013, 15.30 Uhr** zu einer Vortragsveranstaltung mit anschließender Diskussion ein:

**Dr. Nicolaus Heinen, Deutsche Bank, Frankfurt**

**Vier Jahre Eurokrise: Wege zu neuem Vertrauen in Politik und Märkte**



Die Eurokrise wird zunehmend zur Vertrauenskrise. Fehlentwicklungen in Politik und Finanzmärkten gefährden zunehmend das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat und die Soziale Marktwirtschaft. Was ist zu tun? Für Europa-Analyst Dr. Nicolaus Heinen helfen weder Eurobonds noch eine Brüsseler Wirtschaftsregierung weiter. In seinem Buch "Mission Vertrauen - Wege aus der Eurokrise" plädiert Dr. Heinen für mehr Eigenverantwortung und neue Spielregeln auf europäischer Ebene, um mehr Wettbewerb zwischen den Staaten Europas zu entfachen und Gesellschaften zu aktivieren. Kommt Wachstum hinzu, entwickeln Gesellschaften neues Selbstvertrauen. In einer Gesellschaft, die sich zunehmend die Sinnfrage stellt, reicht das allein jedoch nicht aus: Nur, wenn wir eine ergebnisoffene Debatte über die Ziele europäischer Integration führen und uns mit den zu Grunde liegenden Wertevorstellungen auseinandersetzen, kann eine neue Vertrauenskultur entstehen. Europa kann sie zum Standortvorteil im weltweiten Wettbewerb ausbauen und gleichzeitig ein globaler Förderer von Vertrauenskultur werden.

Um Anmeldung per E-Mail wird gebeten bis zum 19.4.2013 an: [sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de](mailto:sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de)

### ➤ Jugend ⇒ Ausstellung am Schuman (EAG)

**Vom 08. bis 26.04.13** ist im Infopoint am Place Schuman die Ausstellung: "We, the youth of Europe, in the heart of our municipalities" zu sehen. Diese Initiative wird von den Brüsseler Gemeinden Etterbeek und Ixelles sowie der Europäischen Kommission unterstützt. Die Ausstellung basiert auf Erfahrungen von 28 Jugendlichen, die in den beiden o. g. Gemeinden – im Herzen der europäischen Hauptstadt und dicht an den europäischen Institutionen – wohnen und arbeiten. Es wird die Geschichte dieser jungen Europäer und ihre Beziehung zu Brüssel erzählt und dargestellt.

### ➤ Expertengespräch in Magdeburg ⇒ Hohes Schutzniveau attestiert (PM MdEP Dr. Schnellhardt)

**Am Freitag, dem 05. April 2013**, hatte der Europaabgeordnete Dr. Horst Schnellhardt (EVP / CDU) zu einer Podiumsdiskussion nach Magdeburg über die jüngsten Skandale in der Lebensmittel- und Futtermittelproduktion eingeladen. In einem vollbesetzten Saal diskutierten hochrangige Experten der Europäischen Union, des Bundes sowie aus Sachsen-Anhalt intensiv die Probleme der Lebensmittelsicherheit und Amtlichen Kontrollen.

"Mit derart kompetenten Vertretern aus EU, Bund und Ländern an einem Tisch über dieses hochbrisante Thema zu diskutieren, ist eine wichtige Grundlage für den bevorstehenden Gesetzgebungsprozess auf europäischer Ebene", resümiert Schnellhardt nach der Veranstaltung.

"Als Ergebnis kann festgehalten werden, dass wir in der Europäischen Union und in Deutschland ein umfangreiches Netz an Kontrollbereichen haben, welches die hohe Sicherheit von Lebensmitteln garantiert. Dies beweisen die schnellen Reaktionen auf Skandale wie der Pferdefleischbetrug, EHEC oder Dioxin - auch im neuesten Fall der Pferdefleischbeimischung aus den Niederlanden."

Während die zuständigen Verwaltungen von einer ausreichenden Besetzung der zuständigen Kontrollbereiche sprechen, fordern die Vertreter der betroffenen Kontrollinstanzen jedoch eine Verdopplung des Kontrollpersonals, um das Sicherheitsniveau gewährleisten zu können.



"Ich glaube, wir müssen im Zuge der Revision der Hygienekontrollvorschriften, zu der demnächst von der Europäischen Kommission Vorschläge vorgelegt werden, prüfen, ob wir nicht unter Berücksichtigung der Bedingungen vor Ort Standards für die Besetzung der Kontrollbereiche anhand bestimmter Kriterien festlegen sollten", überlegt Schnellhardt.

Sehr kritisch wurden im Magdeburger Expertengespräch die Eigenkontrollen durch die Lebensmittelunternehmen bewertet. "Hier hätte ich gern", so Schnellhardt, "sehr gern die Meinung der Handelsketten gehört, wie sie ihre Produkte auf Qualität und Sicherheit überprüfen. Leider haben sie ihre Teilnahme verweigert, was ich sehr bedauere. Ich denke, dass eine kritische Bewertung der Eigenkontrollen, insbesondere mit Blick auf die HACCP-Kriterien, sowie ggf. eine entsprechende Verschärfung der Anforderungen an die Unternehmen bei der Revision des Hygienepakets vorgenommen werden muss."

Des Weiteren gab es unterschiedliche Meinungen zu den bisherigen Verfahren der Gebührenerhebung für Kontrollbesuche. "Ein heißes Thema", findet Schnellhardt. "Schon bei der Erarbeitung der Gebührenverordnung gab es im Europäischen Parlament heftige Diskussionen. Auch sind in Deutschland zurzeit zahlreiche Verfahren mit Beschwerden über die Höhe der Kontrollgebühren anhängig. Das ist sehr unbefriedigend und verlangt eine Reaktion der europäischen Gesetzgeber."

Abschließend stellt Schnellhardt fest, dass die Veranstaltung ein voller Erfolg war: "Mein Dank gilt gleichermaßen den geladenen Experten und den zahlreichen Besuchern, die sich rege an der Diskussion mit hochqualifizierten Beiträgen beteiligt haben."

E-Mail: [horst.schnellhardt@europarl.europa.eu](mailto:horst.schnellhardt@europarl.europa.eu)

Internet: <http://www.schnellhardt-europa.de>

- Die EU-Service Agentur der Investitionsbank Sachsen-Anhalt informierte im Rathaus der Stadt Magdeburg praxisnah in einem Seminar über das europäische Förderprogramm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (Gastartikel)



„Europa für Bürgerinnen und Bürger“ ist eines der wenigen europäischen Förderprogramme, für das im Zuge der auslaufenden EU-Förderperiode in diesem Jahr noch eine Antragstellung möglich ist. Vor diesem Hintergrund folgten **am 17. April** rund 40 Bürgermeister, kommunale



Mitarbeiter, Partnerschaftsverbände wie auch Vertreter vom Kultusministerium der Einladung der EU Service-Agentur zu einem Praxisseminar über das Förderprogramm „Europa für Bürgerinnen und Bürger. Gemeinsam mit der Kontaktstelle Deutschland für dieses Programm präsentierte die EU Service-Agentur die Schwerpunkte der diesjährigen Förderaufrufe. Es zeichnete sich ab, dass einige der Seminarteilnehmer sich an einem europäischen Projektkonsortium beteiligen werden oder sogar selbst einen Projektantrag einreichen. Besonderes Interesse bestand an der Förderung von transnationalen Treffen im Rahmen von







Städtepartnerschaften und am Aufbau von thematischen Netzwerken zwischen Partnerstädten.

Abgerundet wurden die konkreten Tipps zur Antragstellung der Experten von EU Service-Agentur und Kontaktstelle Deutschland durch die Präsentation von erfolgreich durchgeführten Projekten. Beispielsweise stellte Frau Kathrin Baltzer vom Schachmuseum Ströbeck das Projekt „Europäische Kultur und Regionale Identität“ vor. Kulturdörfer aus elf verschiedenen Ländern lernten im Rahmen der Aktion „Vernetzung von Partnerstädten“ verschiedene Kulturtraditionen kennen, lebten in Gastfamilien und erfuhren europäische Lebensweisen. Ein wichtiges Ergebnis aus dem Projekt war, dass es nicht nur beim gegenseitigen Entdecken der Kulturen blieb, sondern bereits handlungsorientierte Kooperationen zwischen den Kulturdörfern angedacht sind.



„Wir wünschen uns, dass noch mehr Einrichtungen Sachsen-Anhalts diesem Beispiel folgen und die Angebote der EU für sich nutzen“, so Kathrin Hamel von der EU Service-Agentur. Und genau dazu möchte die EU Service-Agentur mit ihrem Beratungsangebot beitragen. Bereits jetzt gilt als sicher, dass in der nächsten Förderperiode ab 2014 deutlich weniger Mittel aus den EU-Strukturfonds in das Land fließen werden. „So steigt die Bedeutung der direkten Fördermittelvergabe im Rahmen der so genannten EU-Aktionsprogramme. Als EU-Service-Agentur unterstützen wir bereits viele öffentliche Einrichtungen in Sachsen-Anhalt bei der Vorbereitung auf die sich verändernde Förderlandschaft“, erklärt Frau Hamel.

Projektakteure mit Interesse an europäischen Kooperationen berät die EU Service-Agentur Sachsen-Anhalt gern.

#### **Nächste Antragsfristen:**

Die Laufzeit des Programms »Europa für Bürgerinnen und Bürger« endet Ende 2013. Trotz des auslaufenden Programms gelten auch weiterhin die regulären Einreichfristen und Förderlaufzeiten, zum Beispiel:

#### **Aktion 1 „Aktive Bürger/innen für Europa“**

Maßnahme 1.1 - Bürgerbegegnungen im Rahmen von Städtepartnerschaften

Einreichdatum:

03.06.2013 für Begegnungen, die zwischen: 01.10.2013 und 30.06.2014 beginnen

02.09.2013 für Begegnungen, die zwischen: 01.01.2014 und 30.09.2014 beginnen

Maßnahme 1.2 - Thematische Netzwerkbildung zwischen Partnerstädten

Einreichdatum: 02.09.2013 für Projekte, die zwischen: 01.01.2014 und 30.05.2014 beginnen

Weitere Informationen unter [www.eu-serviceagentur.de](http://www.eu-serviceagentur.de) und [www.kontaktstelle-efbb.de](http://www.kontaktstelle-efbb.de)



➤ **Europäische Partner in Zeiten der Schuldenkrise ⇒ Vortrag des deutschen Botschafters zu den deutsch-polnischen Beziehungen (PM Stk)**

„Wohl kaum hat sich das Verhältnis zwischen zwei Ländern je so dramatisch und schnell zum Positiven verändert, wie jenes zwischen Deutschland und Polen in den vergangenen 20 Jahren“, so der deutsche Botschafter in Polen, Rüdiger Freiherr von Fritsch. Doch wie beeinflusst die aktuelle Schuldenkrise die Beziehungen der beiden Nachbarländer? Zuletzt machte Polen durch die Ablehnung des Euro von sich reden – 62% der Bevölkerung wollen die Landeswährung behalten. Ministerpräsident Tusk schließt ein Referendum über die Einführung des Euro nicht mehr aus.

Der deutsche Botschafter in Polen, Rüdiger Freiherr von Fritsch, widmet sich in seinem Vortrag, der im Rahmen der Veranstaltungsreihe "Außenpolitik live – Diplomaten im Dialog" in Magdeburg stattfindet, den gemeinsamen Herausforderungen Deutschlands und Polens in Europa. Zuvor wird **Rainer Robra, Chef der Staatskanzlei und Europaminister des Landes Sachsen-Anhalt**, ein Grußwort an die Gäste richten.

Im Anschluss wird es Zeit für Fragen aus dem Publikum geben.

**Vortrag: „Deutschland und Polen gemeinsam in Europa“**

**am Montag, dem 06.05.2013 um 18.30 Uhr**

im Bildungshaus Ottersleben, Bildungsnetzwerk Magdeburg gGmbH  
Lüttgen-Ottersleben 18a, 39116 Magdeburg

Der Eintritt ist frei. Die Veranstaltung ist öffentlich.

**Um Anmeldung wird gebeten unter: 0391.2445.175 oder [info@goeurope-lsa.de](mailto:info@goeurope-lsa.de)**



# Ausschreibungen



Die Ausschreibungen werden im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften veröffentlicht, diese Dokumente sind unter folgender Webseite nachzulesen:

<http://eur-lex.europa.eu/de/index.htm>

**Gegenstand:** EMA

## **STELLENAUSSCHREIBUNG FÜR DIE EUROPÄISCHE ARZNEIMITTEL-AGENTUR (LONDON)**

Aufgabe der Agentur ist es, die Beurteilung und Überwachung von Human- und Tierarzneimitteln in der Europäischen Union zu koordinieren (siehe Verordnung (EG) Nr. 726/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 136 vom 30.4.2004, S. 1)). Die Agentur nahm im Januar 1995 ihre Tätigkeit auf. Ihre Arbeit bedingt zahlreiche enge Kontakte zur Europäischen Kommission, zu den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union, den EWR-/EFTA-Ländern und vielen anderen staatlichen und privatwirtschaftlichen Stellen.

Nähere Informationen über die Agentur und ihre Tätigkeiten sind im Internet auf ihrer Website unter <http://www.ema.europa.eu> abrufbar.

Die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) führt ein Auswahlverfahren zur Bildung einer Einstellungsreserve für folgende Stellen durch:

### **EMA/AD/345: Leiter (m/w) des Bereichs IT-Entwicklung, Referat Informations- und Kommunikationstechnologie (AD 10)**

Die ausgewählten Bewerber werden in eine Eignungsliste aufgenommen; in Abhängigkeit von der Haushaltslage wird ihnen gegebenenfalls ein fünfjähriger verlängerbarer Arbeitsvertrag in Übereinstimmung mit den Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union (ABl. L 56 vom 4.3.1968) angeboten.

Dienstort ist London.

Die Bewerber müssen Staatsangehörige eines Mitgliedstaats der Europäischen Union oder Staatsangehörige Islands, Norwegens oder Liechtensteins sein und die staatsbürgerlichen Rechte besitzen.

Wenn Sie über Veröffentlichungen von Stellenausschreibungen elektronisch benachrichtigt werden möchten, tragen Sie sich online unter folgender Adresse für einen RSS-Feed ein:

<http://www.ema.europa.eu>, „RSS news feeds“.

**Fundstelle:** ABl. C 104 A vom 10.04.13

**Bewerbungsfrist:** 22. Mai 2013, 24.00 Uhr

**Antragsunterlagen:** Die vollständigen Bedingungen und die Stellenbeschreibungen sind von der Agentur Website herunterzuladen: <http://www.ema.europa.eu/htmls/general/admin/recruit/recruitnew.htm> Die Bewerbungen müssen auf elektronischem Wege unter Verwendung des auf der EMA-Website erhältlichen Formulars eingereicht werden.



**Gegenstand:** EMA

### **STELLENAUSSCHREIBUNG FÜR DIE EUROPÄISCHE ARZNEIMITTEL-AGENTUR (LONDON)**

Aufgabe der Agentur ist es, die Beurteilung und Überwachung von Human- und Tierarzneimitteln in der Europäischen Union zu koordinieren (siehe Verordnung (EG) Nr. 726/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates — ABl. L 136 vom 30.4.2004, S. 1). Die Agentur nahm im Januar 1995 ihre Tätigkeit auf. Ihre Arbeit bedingt zahlreiche enge Kontakte zur Europäischen Kommission, zu den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union, den EWR-/EFTALändern und vielen anderen staatlichen und privatwirtschaftlichen Stellen.

Nähere Informationen über die Agentur und ihre Tätigkeiten sind im Internet auf ihrer Website unter <http://www.ema.europa.eu> abrufbar.

Die Europäische Arzneimittel-Agentur führt ein Auswahlverfahren zur Bildung einer Einstellungsreserve für folgende Stellen durch:

- **EMA/AD/346: Leitender Geschäftsarchitekt** (m/w), Referat Informations- und Kommunikationstechnologie (AD 8)
- **EMA/AD/347: Leitender Datenarchitekt** (m/w), Referat Informations- und Kommunikationstechnologie (AD 8)
- **EMA/AD/348: Leitender Infrastrukturarchitekt** (m/w), Referat Informations- und Kommunikationstechnologie (AD 8)
- **EMA/AD/349: Programm-Manager** (m/w), Referat Informations- und Kommunikationstechnologie (AD 8)
- **EMA/CA/L/036: Wissenschaftler** (m/w), Vertragsbediensteter (langfristig), Bereich Qualität, Referat Entwicklung und Beurteilung von Humanarzneimitteln (FG IV)

Die ausgewählten Bewerber werden in eine Eignungsliste aufgenommen; in Abhängigkeit von der Haushaltslage wird ihnen gegebenenfalls ein fünfjähriger verlängerbarer Arbeitsvertrag in Übereinstimmung mit den Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union (ABl. L 56 vom 4.3.1968) angeboten.

Dienstort ist London.

Die Bewerber müssen Staatsangehörige eines Mitgliedstaats der Europäischen Union oder Staatsangehörige Islands, Norwegens oder Liechtensteins sein und die staatsbürgerlichen Rechte besitzen.

Wenn Sie über Veröffentlichungen von Stellenausschreibungen elektronisch benachrichtigt werden möchten, tragen Sie sich online unter folgender Adresse für einen RSS-Feed ein: <http://www.ema.europa.eu>, „RSS news feeds“.

**Fundstelle:** ABl. C 104 A vom 10.04.13

**Bewerbungsfrist:** 10. Mai 2013, 24.00 Uhr

**Antragsunterlagen:** Die vollständigen Bedingungen und die Stellenbeschreibungen sind von der Agentur Website herunterzuladen: <http://www.ema.europa.eu/htms/general/admin/recruit/recruitnew.htm> Die Bewerbungen müssen auf elektronischem Wege unter Verwendung des auf der EMA-Website erhältlichen Formulars eingereicht werden.



**Gegenstand:** EUROPÄISCHE KOMMISSION

**Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für indirekte Maßnahmen im Rahmen des mehrjährigen Programms der Union zum Schutz der Kinder bei der Nutzung des Internets und anderer Kommunikationstechnologien (Sicheres Internet)**

**(Text von Bedeutung für den EWR)**

Gestützt auf den Beschluss Nr. 1351/2008/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über ein mehrjähriges Gemeinschaftsprogramm zum Schutz der Kinder bei der Nutzung des Internets und anderer Kommunikationstechnologien (ABl. L 348 vom 24.12.2008, S. 118.) (Sicheres Internet) fordert die Europäische Kommission hiermit zur Einreichung von Vorschlägen für Maßnahmen auf, die für eine Finanzierung im Rahmen dieses Programms in Betracht kommen.

Das Programm „Sicheres Internet“ sieht vier Aktionsbereiche vor:

- Sensibilisierung der Öffentlichkeit,
- Bekämpfung illegaler Inhalte und schädlichen Online-Verhaltens,
- Förderung eines sichereren Online-Umfelds,
- Aufbau einer Wissensbasis.

Das Programm ist der Nachfolger des Programms „Mehr Sicherheit im Internet“ (2005-2008).

Nach Artikel 3 des Beschlusses des Europäischen Parlaments und des Rates hat die Europäische Kommission ein Arbeitsprogramm (Beschluss C(2013) 1954 der Kommission vom 11.4.2013, <https://ec.europa.eu/digital-agenda/en/news/safer-internet-programme-call-proposals-2013>) aufgestellt, das die Grundlage für die Durchführung des Programms im Jahr 2013 bildet. Das Arbeitsprogramm enthält nähere Angaben zu den Zielen, den Prioritäten, der vorläufigen Mittelausstattung und der Art der Aktionen, die Gegenstand der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen sind, sowie zu den Teilnahmebedingungen.

Vorschläge können zu den unten genannten Teilen der Aufforderung eingereicht werden. Antragsteller, die Vorschläge zu mehreren Teilen der Aufforderung einzureichen beabsichtigen, sollten die Vorschläge zu den verschiedenen Teilen getrennt einreichen.

Für diese Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen werden als EU-Beitrag vorläufige Mittel in Höhe von insgesamt 2 275 600 EUR aus dem Haushalt 2013 bereitgestellt (Unter der Bedingung, dass die Haushaltsbehörde den Haushaltsentwurf für 2013 ohne Änderungen verabschiedet.).

Die Gewährung von Finanzhilfen für Projekte im Rahmen der vorliegenden Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen erfolgt durch den Abschluss von Finanzhilfevereinbarungen.

Im Anschluss an die Bewertung der Vorschläge wird eine Liste der Projekte erstellt, für die eine Finanzhilfe gewährt werden soll. Diese Liste kann ergänzt werden durch eine Reserveliste von Projekten ausreichender Qualität, die finanziert werden können, sofern noch Haushaltsmittel verfügbar sind.

An der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen dieses Arbeitsprogramms können sich juristische Personen mit Sitz in einem EU-Mitgliedstaat beteiligen. Beteiligen können sich außerdem juristische Personen mit Sitz in einem der EFTA-Staaten, die Vertragsparteien des EWR-Abkommens sind (Norwegen, Island und Liechtenstein).



Teilnehmen können ferner — unter den in Artikel 2 des Programmbeschlusses genannten Bedingungen — juristische Personen mit Sitz in anderen Ländern, sofern eine entsprechende bilaterale Vereinbarung unterzeichnet wird. Falls Vorschläge von juristischen Personen aus diesen Ländern für die Gewährung einer Finanzhilfe ausgewählt werden, wird die Finanzhilfevereinbarung erst dann geschlossen, wenn die notwendigen Schritte für den Beitritt des betreffenden Landes zum Programm — in Form der Unterzeichnung einer bilateralen Vereinbarung — unternommen wurden. Aktuelle Informationen darüber, welche Länder am Programm teilnehmen, werden auf der Internetseite des Programms veröffentlicht: <http://ec.europa.eu/saferinternet>

Juristische Personen mit Sitz in anderen als den obengenannten Nicht-EU-Staaten sowie internationale Organisationen können sich auf eigene Kosten an allen Vorhaben beteiligen.

Teil 1 — Teile der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen

**Aktion 1 und Aktion 2: EUROPÄISCHES NETZ DER SAFER-INTERNET-ZENTREN** (Aktion 1 des Beschlusses Nr. 1351/2008/EG betrifft die „Sensibilisierung der Öffentlichkeit“; Aktion 2 betrifft die „Bekämpfung illegaler Inhalte und schädlichen Online-Verhaltens“ )

Kennnummer: 1.1 **PILOTPLATTFORM FÜR SAFER-INTERNET-ZENTREN**

Im Rahmen des Programms werden Vorschläge für ein Pilotprojekt mit den folgenden Zielen erbeten:

- a) Planung, Entwicklung und Erprobung einer Pilotplattform, über die Ressourcen, Dienste und empfehlenswerte Verfahren für Safer-Internet-Zentren ausgetauscht bzw. gemeinsam genutzt werden können;
- b) Einrichtung einer Pilotdatenbank zur Erweiterung der Kapazitäten des Hotline-Netzes zum Aufspüren von Kinderpornografie und zur Analyse von Bildern und Videos über Kindesmissbrauch; die Ergebnisse des Projekts müssen den Mitgliedern des INHOPE-Hotline-Verbands sowie den Strafverfolgungsbehörden auch nach Abschluss des Projekts zur Verfügung gestellt werden.

Die für dieses Pilotprojekt geltenden Bedingungen und Anforderungen sind im Arbeitsprogramm im Einzelnen aufgeführt.

Mindestens 10 Safer-Internet-Zentren müssen potenzielle Endnutzer/Zielgruppe der Pilotplattform sein.

Als Abschlusstermin des Pilotprojekts wird Oktober 2014 angesetzt.

Das Pilotprojekt wird als integriertes Netz durchgeführt. Die Koordinatoren erhalten 100 % der förderfähigen direkten Kosten (gemäß Muster-Finanzhilfevereinbarung); indirekte Kosten (Gemeinkosten) werden nicht bezuschusst.

**Aktion 3: FÖRDERUNG EINES SICHEREREN ONLINE-UMFELDS**

Kennnummer: 3.1 **THEMATISCHES NETZ: NRO-NETZ FÜR DEN SCHUTZ VON KINDERN IM INTERNET**

Im Rahmen des Programms soll ein thematisches Netz für den Schutz von Kindern im Internet aufgebaut werden, um sicherzustellen, dass der Schutz von Kindern sowie deren Rechte angemessen berücksichtigt werden, wenn Fragen der Internet-Governance, der Cyberkriminalität oder der Internet- und Online-Sicherheit auf der Tagesordnung einschlägiger nationaler und internationaler Akteure stehen.



Die für dieses thematische Netz geltenden Bedingungen und Anforderungen sind im Arbeitsprogramm im Einzelnen aufgeführt.

Die Kosten, die dem Netzkoordinator durch die Koordinierung und den Aufbau des Netzes entstehen, werden bis zu 100 % der förderfähigen direkten Kosten (gemäß Muster-Finanzhilfvereinbarung) bezuschusst; indirekte Kosten (Gemeinkosten) werden nicht bezuschusst. Die Mitglieder des Netzes decken ihre eigenen laufenden Kosten selbst; davon ausgenommen sind Kosten für Reisen zwecks Teilnahme an Netztreffen, welche aus den Mitteln des Netzes erstattet werden können.

Die Bewertung der Vorschläge erfolgt nach den Grundsätzen der Transparenz und Gleichbehandlung. Sie wird von den Kommissionsdienststellen mit Hilfe unabhängiger Experten vorgenommen. Jeder Antrag wird anhand von Bewertungskriterien geprüft, die sich in drei Kategorien unterteilen: Zulassungs-, Gewährungs- und Auswahlkriterien. Nur Vorschläge, die den Zulassungskriterien entsprechen, werden einer vollständigen Bewertung unterzogen. Die Kriterien werden im Folgenden erläutert.

Alle Vorschläge und Anträge werden nach Eingang einer Zulässigkeitsprüfung unterzogen, um sicherzustellen, dass sie die Voraussetzungen der Aufforderung erfüllen und das Einreichungsverfahren eingehalten wurde.

Geprüft wird Folgendes:

- fristgerechter Eingang des Vorschlags bei der Kommission an oder vor dem in der Aufforderung festgelegten Termin (Datum und Uhrzeit);
- Vollständigkeit des Vorschlags: Vorschläge, die in wesentlichen Punkten unvollständig sind — die also unzureichende Angaben zu den Partnern, zur Rechtsform oder zum Projektumfang enthalten —, werden ausgeschlossen.

Darüber hinaus müssen die Antragsteller bestätigen, dass sie sich in keiner der Situationen befinden, die laut Arbeitsprogramm zu einem Ausschluss von der Teilnahme führen.

Zur Bewertung der Qualität der eingereichten Vorschläge werden für alle Arten von Programmdurchführungsmaßnahmen (integrierte Netze, gezielte Projekte und Projekte zur Erweiterung der Wissensbasis sowie thematische Netze) spezifische Gewährungskriterien mit einer spezifischen Gewichtung angelegt. Die Gewährungskriterien werden im Arbeitsprogramm „Sicheres Internet“ 2013 erläutert.

Anhand der Auswahlkriterien wird sichergestellt, dass die Antragsteller über die nötigen Ressourcen zur Kofinanzierung des Projekts sowie über die Fachkompetenzen und Qualifikationen für dessen erfolgreiche Abwicklung verfügen.

Die Auswahlkriterien werden zunächst auf der Grundlage der im Vorschlag enthaltenen Informationen angewandt. Sollten sich dabei Anhaltspunkte für eine unzureichende finanzielle Leistungsfähigkeit oder eine unzureichende Fachkompetenz ergeben, können Ausgleichsmaßnahmen wie finanzielle Sicherheiten oder andere Maßnahmen erforderlich werden. Vorschläge, die das Verhandlungsstadium erreichen, werden einer förmlichen rechtlichen und finanziellen Prüfung unterzogen, die Voraussetzung für den Abschluss einer Finanzhilfvereinbarung ist.



Die Auswahlkriterien werden im Arbeitsprogramm „Sicheres Internet“ 2013 erläutert.

Für die Ausarbeitung der Vorschläge sind die Formulare im Leitfaden für Antragsteller zu verwenden, die in Papierform in einem (1) Original und fünf (5) Kopien zusammen mit einer elektronischen Fassung auf CD-ROM bei der Kommission unter folgender Anschrift einzureichen sind:

Europäische Kommission

Generaldirektion Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien

Medien und Daten

Integration, Fähigkeiten und Jugend

EUFO 2268

2920 Luxembourg

LUXEMBOURGDE 13.4.2013 Amtsblatt der Europäischen Union

Vorläufiger Zeitplan für das Bewertungs- und Auswahlverfahren: Die Bewertung erfolgt innerhalb von zwei Monaten nach dem in dieser Aufforderung angegebenen Schlusstermin für die Einreichung der Vorschläge. Nach Abschluss des Bewertungsverfahrens (voraussichtlich im September) werden die Antragsteller darüber unterrichtet, wie über ihren Antrag entschieden wurde. Die Finanzhilfvereinbarung wird bis Ende 2013 unterzeichnet. Bei der zeitlichen Planung bestimmter neuer Projekte werden bereits bestehende Finanzhilfvereinbarungen berücksichtigt, um Überschneidungen mit ähnlichen Tätigkeiten zu vermeiden und um die Kontinuität der Tätigkeiten zu gewährleisten. Dementsprechend können Antragsteller beantragen, dass die Aktion zwischen dem Einreichungsdatum ihres Vorschlags und der Unterzeichnung der Finanzhilfvereinbarung beginnt. Bei jeglichem Schriftverkehr im Zusammenhang mit dieser Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen (z. B. bei Rückfragen oder bei der Einreichung eines Vorschlags) ist stets die Kennnummer des entsprechenden Teils der Aufforderung anzugeben.

Mit der Einreichung eines Vorschlags erkennt der Antragsteller die in dieser Aufforderung und den darin erwähnten Unterlagen festgelegten Verfahren und Bedingungen an.

Alle bei der Europäischen Kommission eingehenden Vorschläge werden streng vertraulich behandelt.

Die Europäische Union verfolgt eine Politik der Chancengleichheit. Daher sind insbesondere Frauen aufgefordert, Vorschläge einzureichen oder an deren Ausarbeitung mitzuwirken.

**Fundstelle:** Abl. C 107 vom 13.04.13

**Bewerbungsfrist:** 23. Mai 2013, 17.00 Uhr (Luxemburger Ortszeit).

Vorschläge, die nach diesem Termin oder per Fax oder E-Mail eingehen, werden nicht berücksichtigt.

**Antragsunterlagen:** Hinweise zur Ausarbeitung und Einreichung von Vorschlägen sowie zum Bewertungsverfahren finden sich im Leitfaden für Antragsteller

<https://ec.europa.eu/digital-agenda/en/news/safer-internet-programme-call-proposals-2013>

Diese Unterlagen sind ebenso wie das Arbeitsprogramm und weitere Informationen zu dieser Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen bei der Europäischen Kommission unter folgender Anschrift erhältlich:





Europäische Kommission  
Generaldirektion Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien  
Medien und Daten  
Integration, Fähigkeiten und Jugend  
EUFO 2268  
2920 Luxembourg / LUXEMBOURG  
Fax +352 4301-34079  
E-Mail: CNECT-SAFERINTERNET@ec.europa.eu

Internet: <https://ec.europa.eu/digital-agenda/en/news/safer-internet-programme-call-proposals-2013>

**Gegenstand: EUROPÄISCHE BEHÖRDE FÜR LEBENSMITTELSICHERHEIT**

**Aufruf zur Interessenbekundung für die Mitgliedschaft in den Wissenschaftlichen Gremien der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (Parma, Italien)**

- „Gremium für Lebensmittelzusatzstoffe und Lebensmitteln zugesetzte Nährstoffquellen“ (ANS) und
- „Gremium für Materialien, die mit Lebensmitteln in Berührung kommen, Enzyme, Aromastoffe, Verarbeitungshilfsstoffe“ (CEF)

**Ref.: EFSA/E/2013/001**

Dieser Aufruf richtet sich an Wissenschaftler, die für eine Mitgliedschaft im wissenschaftlichen Gremium für Lebensmittelzusatzstoffe und Lebensmitteln zugesetzte Nährstoffquellen (ANS) oder im Gremium für Materialien, die mit Lebensmitteln in Berührung kommen, Enzyme, Aromastoffe, Verarbeitungshilfsstoffe (CEF) der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) in Betracht gezogen werden möchten. Ziel des Aufrufs ist es, für diese Aufgabe die besten Wissenschaftler Europas zu ermitteln.

Die jetzigen Mitglieder der Wissenschaftlichen Gremien ANS und CEF üben ihr Amt für eine Amtszeit von drei Jahren aus, die im Juli 2014 auslaufen wird. Die bei diesem Aufruf ausgewählten erfolgreichen Bewerber werden als Mitglieder der vorstehend genannten Gremien für eine dreijährige Amtszeit ernannt, die im Juli 2014 beginnt.

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) bildet im Bereich der Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit den Grundpfeiler der Risikobewertung der Europäischen Union (EU). In enger Zusammenarbeit mit nationalen Behörden und in offenem Erfahrungsaustausch mit ihren Interessengruppen stellt die EFSA auf der Grundlage der aktuellsten wissenschaftlichen Methoden und Daten eine unabhängige wissenschaftliche Beratung zur Verfügung und informiert klar und verständlich über vorhandene und aufkommende Risiken. Ihre wissenschaftliche Beratung bildet die Grundlage für die politischen Maßnahmen und Entscheidungen von Risikomanagern in den europäischen Organen und EU-Mitgliedstaaten.

Die EFSA bringt die besten verfügbaren Sachverständigen für Risikobewertungen im Bereich der Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit zusammen, die in unabhängiger Funktion für eine autonome, selbstverwaltete Organisation tätig sind, um europäischen Einrichtungen und den Mitgliedstaaten wissenschaftliche Beratung auf höchstem Niveau zur Verfügung zu stellen.



Die Behörde bekennt sich zu den Grundwerten der wissenschaftlichen Kompetenz, Offenheit, Transparenz, Unabhängigkeit und Reaktionsfähigkeit. Durch ihre unabhängige, offene und transparente Tätigkeit stellt die EFSA die bestmögliche wissenschaftliche Beratung zur Verfügung und trägt dadurch zur Stärkung des europäischen Systems der Lebens- und Futtermittelsicherheit bei.

Weitere Informationen zur EFSA entnehmen Sie bitte ihrer Gründungsverordnung:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CONSLEG:2002R0178:20090807:DE:PDF>

Die Wissenschaftlichen Gremien und der Wissenschaftliche Ausschuss sind in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich für die Erstellung der wissenschaftlichen Gutachten der Behörde verantwortlich und stellen gegebenenfalls sonstige Beratungsleistungen bereit. Sie erstellen wissenschaftliche Gutachten und Empfehlungen für Risikomanager. Dadurch werden europäische Politiken und Rechtsvorschriften auf eine solide Grundlage gestellt und Risikomanager bei der Entscheidungsfindung unterstützt.

Die Wissenschaftlichen Gremien setzen sich normalerweise aus 21 unabhängigen wissenschaftlichen Sachverständigen zusammen. Der Wissenschaftliche Ausschuss setzt sich aus den Vorsitzenden der einzelnen Wissenschaftlichen Gremien sowie sechs weiteren wissenschaftlichen Sachverständigen zusammen.

Die Mitglieder der Wissenschaftlichen Gremien und des Wissenschaftlichen Ausschusses werden für eine Amtszeit von drei Jahren ernannt, die zweimal verlängert werden kann. Es wird erwartet, dass die Mitglieder an den Sitzungen des Wissenschaftlichen Ausschusses bzw. der Wissenschaftlichen Gremien, bei denen Gutachten, Stellungnahmen oder Leitliniendokumente angenommen werden, teilnehmen und aktive Beiträge leisten.

Diese wissenschaftlichen Gutachten, Stellungnahmen und Leitliniendokumente werden im „EFSA Journal“ veröffentlicht, einer monatlichen Publikation, die in für die Arbeit der EFSA relevanten bibliografischen Datenbanken indiziert ist.

Mehr Informationen über die Auswahl der Mitglieder der Wissenschaftlichen Gremien finden Sie in dem Dokument „Decision of the Executive Director Concerning the selection of members of the Scientific Committee, Scientific Panels and external experts“ (Beschluss der Geschäftsführenden Direktorin über die Auswahl von Mitgliedern des Wissenschaftlichen Ausschusses und der Wissenschaftlichen Gremien sowie von externen Experten).

<http://www.efsa.europa.eu/en/keydocs/docs/expertselection.pdf>

Mehr Informationen über die Einrichtung und Aufgabenstellung der Wissenschaftlichen Gremien und ihrer Arbeitsgruppen finden Sie in dem Dokument „Decision of the Management Board concerning the establishment and operations of the Scientific Committee, Scientific Panels and of Their working groups“ (Beschluss des Verwaltungsrates über die Einrichtung und Aufgabenstellung des Wissenschaftlichen Ausschusses, der Wissenschaftlichen Gremien und ihrer Arbeitsgruppen).

<http://www.efsa.europa.eu/en/keydocs/docs/paneloperation.pdf>

Die Mitglieder der Wissenschaftlichen Gremien sind erfahrene, unabhängige Wissenschaftler, die gemäß den Vorschriften und der Gründungsverordnung der EFSA ausgewählt und ernannt werden. Während ihrer Amtszeit wird von den Mitgliedern der Wissenschaftlichen Gremien die Ausführung der folgenden Aufgaben erwartet:



- Beiträge zur Erörterung, Erstellung und Annahme wissenschaftlicher Gutachten des Wissenschaftlichen Gremiums und den Tätigkeiten der zugehörigen Arbeitsgruppen;
- Beiträge zur wissenschaftlichen Beratung zu Themen, die in den Aufgabenbereich des Wissenschaftlichen Gremiums fallen;
- Bereitstellung von Beratung zur Durchführung und Organisation wissenschaftlicher Tätigkeiten des Wissenschaftlichen Gremiums.

Mitglieder der Wissenschaftlichen Gremien können gemäß dem Beschluss des Verwaltungsrates über die Einrichtung und Aufgabenstellung des Wissenschaftlichen Ausschusses und der Wissenschaftlichen Gremien (Weitere Informationen finden Sie unter: <http://www.efsa.europa.eu/en/keydocs/docs/paneloperation.pdf>) als Vorsitzende, stellvertretende Vorsitzende oder Berichterstatter der Wissenschaftlichen Gremien und der zugehörigen Arbeitsgruppen ausgewählt werden.

Allgemeine Bedingungen:

Es gehört zu den Aufgaben der Mitglieder eines Wissenschaftlichen Gremiums, an zweitägigen Sitzungen teilzunehmen, die normalerweise in Parma, Italien, stattfinden. Diese Sitzungen werden sechs- bis achtmal jährlich abgehalten.

Von den Mitgliedern der Wissenschaftlichen Gremien wird darüber hinaus erwartet, dass sie, soweit erforderlich, an Sitzungen der Arbeitsgruppen teilnehmen, die durch die Wissenschaftlichen Gremien eingerichtet werden. Diese Sitzungen finden normalerweise sechs- bis achtmal jährlich statt.

Die Teilnahme an den Sitzungen der Wissenschaftlichen Gremien oder der Arbeitsgruppen erfordern gewisse Vorbereitungsarbeiten, einschließlich des Lesens und Erstellens von Dokumenten. Die Arbeitssprache der Sitzungen und der meisten Dokumente ist Englisch.

Die Bewerber müssen sich dazu verpflichten, im Falle ihrer Ernennung an den Tätigkeiten der Wissenschaftlichen Gremien teilzunehmen.

Im Einklang mit ihren Finanzvorschriften trägt die EFSA die Reisekosten der Mitglieder sowie eine Tagegeld- und Übernachtungspauschale. Für jeden vollen Sitzungstag wird eine besondere Aufwandsentschädigung gezahlt (Weitere Informationen finden Sie unter: [http://www.efsa.europa.eu/efsa\\_rep/repository/documents/Experts\\_compensation\\_guide.pdf](http://www.efsa.europa.eu/efsa_rep/repository/documents/Experts_compensation_guide.pdf)).

Die Bewerber werden gebeten, im Bewerbungsformular die Reihenfolge der beiden Wissenschaftlichen Gremien anzugeben, denen sie vorzugsweise angehören wollen.

Bewerber können nur für eine Mitgliedschaft berücksichtigt werden, wenn ihre Bewerbung eine Punktbewertung über 66 Punkte (von 100) erreicht. Die EFSA behält sich das Recht vor, zur Bewertung der Berufserfahrung der Bewerber im Rahmen ihrer Bewerbung die Meinung Dritter einzuholen.

Zusätzlich zur Berücksichtigung der oben genannten Kriterien wird die jährliche Interessenerklärung gemäß dem Verfahren der EFSA für die Erkennung möglicher Interessenkonflikte und den Umgang damit („EFSA Procedure for Identifying and Handling Potential Conflicts of Interest“) (Verfügbar auf der EFSA-Website unter <http://www.efsa.europa.eu/en/keydocs/docs/independencepolicy.pdf> und <http://www.efsa.europa.eu/en/keydocs/docs/independencerules.pdf>) geprüft. Das Ausmaß jeglicher potenzieller



Interessenkonflikte wird bei der Entscheidung über die weitere Beurteilung eines Bewerbers berücksichtigt.

Weitere Informationen über die Auswahl der Mitglieder der Wissenschaftlichen Gremien finden Sie in dem Dokument „Decision of the Executive Director concerning the selection of members of the Scientific Committee, Scientific Panels and external experts“ (Beschluss der Geschäftsführenden Direktorin über die Auswahl von Mitgliedern des Wissenschaftlichen Ausschusses und der Wissenschaftlichen Gremien sowie von externen Experten).

<http://www.efsa.europa.eu/en/keydocs/docs/expertselection.pdf>

Bewerber, die die Anforderungen für die Mitgliedschaft erfüllen, können auf Grundlage eines Beschlusses des EFSA-Verwaltungsrates auf Vorschlag der Geschäftsführenden Direktorin der EFSA für eine Amtszeit von drei Jahren als Mitglieder ernannt werden.

Die EFSA behält sich das Recht vor, vor einer Ernennung die Bewerbung der für die Mitgliedschaft in Betracht gezogenen Bewerber anhand von Dokumenten und Bescheinigungen zu prüfen, um zu bestätigen, dass die Bewerbung korrekt und qualifiziert ist.

Bewerber, die die Anforderungen für die Mitgliedschaft erfüllen, werden in die Reserveliste aufgenommen. Die Bewerber werden darauf hingewiesen, dass aus der Aufnahme in eine Reserveliste kein Anspruch auf eine Ernennung als Mitglied erwächst.

Bewerber, die aufgrund dieses Aufrufs in die Reserveliste aufgenommen werden, können — ihre vorherige Zustimmung vorausgesetzt — als Mitglieder eines Wissenschaftlichen Gremiums ernannt werden, selbst wenn sie sich nicht speziell für dieses Gremium beworben haben.

Alle qualifizierten Bewerber werden eingeladen, sich um die Aufnahme in die Sachverständigendatenbank der EFSA zu bewerben.

Mehr Informationen über die Sachverständigendatenbank der EFSA finden Sie unter:

<http://www.efsa.europa.eu/de/networks/expertdb.htm>

Die Mitglieder der Wissenschaftlichen Gremien werden „ad personam“ ernannt. Die Bewerber müssen eine Erklärung, in der sie sich verpflichten, unabhängig von jeglicher äußeren Beeinflussung zu handeln, sowie eine Erklärung zu eventuellen Interessenkonflikten beifügen, die als Beeinträchtigung ihrer Unabhängigkeit angesehen werden können (siehe Teilnahmekriterium iv in Abschnitt 5.A). Die Bewerber sind für den Inhalt der beigefügten Erklärung verantwortlich, die von der EFSA nach dem Beschluss der Geschäftsführenden Direktorin zur Umsetzung des Grundsatzpapiers der EFSA zur Unabhängigkeit und zu den wissenschaftlichen Entscheidungsfindungsprozessen in Bezug auf Interessenerklärungen bewertet wird.

Mehr Informationen über Interessenerklärungen finden Sie unter:

Policy on Independence and Scientific Decision-Making Processes of the European Food Safety Authority (Grundsatzpapier zur Unabhängigkeit und zu den wissenschaftlichen Entscheidungsfindungsprozessen der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit):

<http://www.efsa.europa.eu/en/keydocs/docs/independencepolicy.pdf>

Decision of the Executive Director implementing EFSA's Policy on Independence and Scientific Decision-Making Processes regarding Declarations of Interests (Beschluss der Geschäftsführenden Direktorin zur Umsetzung des Grundsatzpapiers der EFSA zur Unabhängigkeit und zu den wissenschaftlichen Entscheidungsfindungsprozessen in Bezug auf Interessenerklärungen):



<http://www.efsa.europa.eu/en/keydocs/docs/independencerules.pdf>

EFSA Report to the European Parliament on the implementation of its independence policy 2007-2012 (Bericht der EFSA an das Europäische Parlament über die Umsetzung ihres Grundsatzpapiers zur Unabhängigkeit 2007-2012):

<http://www.efsa.europa.eu/en/keydocs/docs/independencereport0712.pdf>

Die EFSA achtet sorgfältig darauf, in ihren Auswahlverfahren die Prinzipien der Chancengleichheit anzuwenden.

Die Bewerber werden gebeten, ihre Bewerbung zusammen mit ihrer Interessenerklärung elektronisch über die Website der EFSA (<http://www.efsa.europa.eu/de/>) einzureichen.

Eine Bewerbung wird nur dann für zulässig befunden, wenn ein ordnungsgemäß ausgefülltes Online-Bewerbungsformular eingereicht wird. Im Fall einer schweren Störung des Online-IT-Systems werden ausnahmsweise per Einschreiben eingereichte Bewerbungen akzeptiert.

Per E-Mail oder Post eingereichte Bewerbungen werden nicht berücksichtigt.

Zur Vereinfachung des Auswahlverfahrens werden die Bewerber gebeten, ihr Bewerbungsformular in englischer Sprache auszufüllen.

Alle Bewerber werden per Post über den Ausgang des Auswahlverfahrens informiert.

Die Verarbeitung der von den Bewerbern angeforderten personenbezogenen Daten erfolgt entsprechend der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2000 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft und zum freien Datenverkehr (ABl. L 8 vom 12.1.2001, S. 1.).

Der Zweck der Datenverarbeitung besteht in der Bearbeitung von Bewerbungen auf Mitgliedschaft im Wissenschaftlichen Ausschuss oder in den Wissenschaftlichen Gremien der EFSA.

Hinweis:

Bei Widersprüchlichkeiten bzw. Abweichungen zwischen der englischen und einer der anderen Sprachfassungen dieser Veröffentlichung hat die englische Fassung Vorrang.

Weitere Informationen finden Sie im Abschnitt des ANS-Gremiums auf der Website der EFSA

<http://www.efsa.europa.eu/de/panels/ans.htm>

Weitere Informationen finden Sie im Abschnitt des CEF-Gremiums auf der Website der EFSA

<http://www.efsa.europa.eu/de/panels/cef.htm>

Vor diesem Hintergrund richtet sich dieser Aufruf speziell an Wissenschaftler mit Fachwissen in der Risikobewertung von chemischen Substanzen, mit besonderem Schwerpunkt auf Lebensmittelenzymen, Aromastoffen und chemischen Substanzen, die in der Herstellung von Kunststoffmaterialien oder anderen Lebensmittelverpackungen verwendet werden.

**Fundstelle:** ABl. C 107 vom 13.04.13

**Bewerbungsfrist:** 17. Juni 2013 Mitternacht (Ortszeit, MEZ + 1)

**Antragsunterlagen:** <http://www.efsa.europa.eu/de/>

**Gegenstand:** EUROPÄISCHE KOMMISSION

**Amt für die Feststellung und Abwicklung individueller Ansprüche (PMO)**

**Ausschreibung der Stelle eines Direktors (m/w) (Besoldungsgruppe AD 14) in Brüssel**

**(Artikel 29 Absatz 2 des Statuts der Beamten der Europäischen Union)****COM/2013/10335**

Das Amt für die Feststellung und Abwicklung individueller Ansprüche (PMO) ist ein der GD Humanressourcen und Sicherheit (GD HR) angegliedertes Amt der Europäischen Kommission mit Verwaltungsaufgaben. Zu seinen Aufgaben gehört die Feststellung, Berechnung und Auszahlung der finanziellen Ansprüche und Dienstbezüge der Bediensteten der Europäischen Kommission und bestimmter anderer Organe und Einrichtungen der EU.

Als Verwaltungsstelle der Europäischen Kommission arbeitet das PMO unter der Aufsicht eines Verwaltungsausschusses, dessen Vorsitz der Generaldirektor der GD HR innehat. Für das Amt gelten die allgemeinen Verwaltungs- und Haushaltsvorschriften der Europäischen Kommission.

Das PMO hat seinen Sitz in Brüssel. Es umfasst acht verschiedene Referate, von denen eines in Luxemburg und ein weiteres in Ispra (Italien) angesiedelt ist. Das PMO verfügt über operative Haushaltsmittel in Höhe von etwa 4,8 Mrd. EUR (hauptsächlich Dienstbezüge, Ruhestandsgehälter, Kranken- und Unfallversicherung, Unkostenerstattung für Dienstreisen und für Sachverständige). Es hat rund 570 Mitarbeiter (Statutpersonal und Vertragsbedienstete) und verfügt über einen Verwaltungshaushalt von 44 Mio. EUR.

Der Direktor des Amtes ist der gesetzliche Vertreter des PMO und repräsentiert dieses nach außen und nach innen. Er ist gegenüber dem Verwaltungsausschuss rechenschaftspflichtig und für die regelmäßige Zusammenarbeit mit der GD HR zuständig.

Zur Wahrnehmung seiner Aufgaben fungiert der Direktor im Rahmen der ihm von der Kommission übertragenen Befugnisse als bevollmächtigter Anweisungsbefugter und als bevollmächtigte Anstellungsbehörde.

Er ist für das ordnungsgemäße Funktionieren des Amtes und die Einhaltung der bestehenden Vorschriften zuständig. Er gewährleistet eine effiziente Planung und Verwaltung der Human- und Finanzressourcen sowie der Tätigkeiten des Amtes (Qualitätsstandards, Einhaltung der Fristen, Arbeitsabläufe, und Erreichung der Ziele). Er koordiniert und kontrolliert die Durchführung der Ex-Post-Kontrollen und der internen Kontrollen. Er ist gegenüber dem Verwaltungsausschuss rechenschaftspflichtig. In seiner Funktion als bevollmächtigter Anweisungsbefugter erstellt der Direktor ein jährliches Arbeitsprogramm und einen jährlichen Tätigkeitsbericht und legt diese dem Verwaltungsausschuss zur Genehmigung vor.

Die Bewerber müssen sich in einer Erklärung verpflichten, unabhängig im öffentlichen Interesse zu handeln, und etwaige Interessen offen legen, die ihre Unabhängigkeit beeinträchtigen könnten.

Der Direktor wird von der Kommission nach deren üblichen Verfahren ausgewählt und ernannt (siehe auch: Compilation Document on Senior Officials Policy). Die in die engere Wahl gekommenen Bewerber werden vom Beratenden Ausschuss für Ernennungen zu einem Gespräch und zu einem von externen Einstellungsberatern durchgeführten Assessment-Center eingeladen. Die Dienstbezüge und Beschäftigungsbedingungen richten sich nach den Bestimmungen des Statuts der Beamten der Europäischen Union für die Besoldungsgruppe AD 14. Die Bewerber werden darauf hingewiesen, dass laut Statut eine neunmonatige Probezeit zu absolvieren ist.



Die Bewerber sollten in ihrem Lebenslauf zumindest zu diesen fünf Jahren Berufserfahrung in einer höheren Führungsposition folgende Angaben machen: 1. Bezeichnung der Führungspositionen, die sie innehatten, mit kurzer Beschreibung der Zuständigkeiten; 2. Zahl der ihnen unterstellten Mitarbeiter; 3. Höhe des verwalteten Etats; 4. Zahl der unter- und übergeordneten Hierarchie-Ebenen und der Führungskräfte auf gleicher Ebene).

Auswahlverfahren nur in deutscher, englischer und französischer Sprache stattfindet.

Der erfolgreiche Bewerber wird als Beamter zu den Bedingungen des Statuts eingestellt. Seine Amtszeit als Direktor des PMO dauert drei Jahre und kann einmal für einen Zeitraum von zwei Jahren erneuert werden.

Die Europäische Union verfolgt eine Politik der Chancengleichheit.

Die Stelle wird gleichzeitig mit anderen Stellen der höheren Führungsebene ausgeschrieben. Bewerber, die an mehreren Stellen interessiert sind, müssen sich für jede Stelle gesondert bewerben.

Bitte prüfen Sie vor Einreichung Ihrer Bewerbung sorgfältig, ob Sie sämtliche Zulassungsbedingungen erfüllen, vor allem, ob Sie über den verlangten Hochschulabschluss und die geforderte Berufserfahrung verfügen.

Im Falle einer Bewerbung müssen Sie sich **per Internet** auf folgender Website **anmelden**:

<https://ec.europa.eu/dgs/human-resources/seniormanagementvacancies/>

Bitte folgen Sie den Anweisungen zu den verschiedenen Phasen des Bewerbungsverfahrens.

Der Auswahlausschuss stellt sicher, dass Muttersprachlern dieser drei Sprachen kein ungebührlicher Vorteil erwächst.

### **Bewerbungsschluss**

**Fundstelle:** Abl. C 109 A vom 16.4.2013

**Bewerbungsfrist:** Bewerbungsschluss ist der 16. Mai 2013. Online-Bewerbungen werden nach 12.00 Uhr mittags, Brüsseler Ortszeit, nicht mehr angenommen.

**Antragsunterlagen:** Zwecks weiterer Auskünfte und/oder bei technischen Problemen wenden Sie sich bitte per E-Mail an: [HR-A2-MANAGEMENT-ONLINE@ec.europa.eu](mailto:HR-A2-MANAGEMENT-ONLINE@ec.europa.eu).

Europäische Kommission, Generaldirektion Humanressourcen und Sicherheit, Referat Führungskräfte und CCA-Sekretariat, COM/2013/10335, SC 11 8/35, 1049 Brüssel, BELGIEN.

## ➤ Europäischer Unternehmensförderpreis ⇔ Die besten Förderkonzepte für Firmengründer werden gesucht (EAG)



Unternehmergeist in Europa gefragt. Doch auf dem Weg von der Geschäftsidee bis zum Aufbau einer erfolgreichen Firma gibt es viele Schwierigkeiten, bei deren Bewältigung Unternehmen Hilfe brauchen. Die besten Konzepte zur Förderung von Unternehmergeist und sozialem Verantwortungsbewusstsein von Firmen, zur Vermittlung wichtiger Unternehmenskompetenzen, zur Schaffung eines günstigen Geschäftsumfeldes oder zur Hilfe beim





Erschließen ausländischer oder „grüner“ Märkte werden auch 2013 mit dem „Europäischen Unternehmensförderpreis“ der EU-Kommission prämiert. Bewerben können sich Behörden und Institutionen aus Städten und Gemeinden, Regionen und Bundesländern, sowie öffentlich-private Partnerschaften, Wirtschaftsorganisationen und Bildungseinrichtungen.

Zunächst gibt es eine deutsche Vorausscheidung. Die zwei besten nationalen Projekte kämpfen dann auf europäischer Ebene um den Sieg in einer von sechs Themenkategorien sowie um den „Großen Jurypreis“. **Bewerbungsschluss ist der 26. April.**

<http://www.europaeischer-unternehmensfoerderpreis.de/>

Quelle: EU Nachrichten 06/13

## ➤ EIPA ⇔ European Public Sector Award – EPSA 2013 (Gastartikel EIPA)

Bewerbungsfrist: Verlängerung bis zum 24. April 2013 (24.00 CEST)!

Auf Grund der erhöhten Nachfrage in den letzten Tagen stellt das Europäische Institut für öffentliche Verwaltung (EIPA) öffentlichen Verwaltungen mehr Zeit für die Einreichung innovativer Projekte zur Verfügung.



Die Bewerbungsfrist wird bis zum 24. April 2013 (24.00 CEST) verlängert! Bisher haben sich Bewerber aus 28 europäischen Ländern und von verschiedenen europäischen Institutionen registriert, die offenstehenden Bewerbungen bearbeitet und eingereicht. Die Bewerbungen umfassen eine Vielzahl von administrativen Bereichen, wie z.B. Stadtentwicklung, Bildung, Verwaltungsmodernisierung, Justiz, Informationsgesellschaft, Menschenrechte, Sicherheit, Transport und Infrastruktur, Gesundheit und Soziales, etc.

Alle Ebenen der öffentlichen Verwaltungen Europas können sich für den EPSA 2013 bewerben, unabhängig von der Art oder Größe der Verwaltung. Dieses Jahr können Bewerber ihre Projekte unter folgendem übergreifenden Thema einreichen und der Öffentlichkeit präsentieren:

*„Weathering the Storm: Creative Solutions in a Time of Crisis“*

Die Gewinner und Kandidaten für jede der drei administrativen Kategorien (Europäisch und National/Regional/Supralokal und Lokal) werden während der Abschlusszeremonie in Maastricht (NL) vom 25.-27. November 2013 vorgestellt. Alle Bewerber sind herzlich dazu eingeladen, an der Veranstaltung teilzunehmen.

Konsultieren Sie bitte [www.epsa2013.eu](http://www.epsa2013.eu) für mehr Informationen.

Verschenken Sie nicht diese einzigartige Möglichkeit, Ihre Projekte zu präsentieren, Sichtbarkeit auf europäischer Ebene zu erlangen, Erfahrungen mit anderen öffentlichen Verwaltungen innerhalb Europas auszutauschen und voneinander zu lernen! Registrieren Sie sich und werden Sie Teil der EPSA-2013-Erfahrung, indem Sie eine Bewerbung auf dem EPSA-Portal ([www.epsa2013.eu](http://www.epsa2013.eu)) bis zum 24. April 2013 einreichen. **Es ist nicht zu spät, sich zu bewerben!**





## Kontaktbörse



Der Vertretung liegen derzeit folgende aktuelle Partnerschaftsgesuche für europäische Projekte vor.

### ➤ Europäische Projekte ⇔ Diverse Partnergesuche (EAG)

Projektname / Programm / Land	Kontakt und Details:	Kurzbeschreibung / Stichworte
01 <b>Assisted Living Call 2013.</b>  Denmark	Rasmus Mørk Aspe EU adviser Central Denmark EU Office Telephone: +32 2 230 87 32 Email: <a href="mailto:ram@centraldenmark.eu">ram@centraldenmark.eu</a>  urgent	The project's purpose is to develop <b>Solutions for handling noise addressing the need of the elderly working in larger rooms</b>  For this project, Mercon A/S – an enterprise in the Central Denmark Region - is looking for end users and SME partners in AAL Partner Countries. End users can be either private industry or public offices
02 <b>LIFE+</b>  UK	Daniel Hunt Senior Project Officer Energy & Environment Futures Hampshire County Council Tel: + 44 1962 83 22 73 Email: <a href="mailto:Daniel.hunt@hants.gov.uk">Daniel.hunt@hants.gov.uk</a>  urgent	Hampshire County Council, a large local authority in Southern England, are looking for partners for a <b>LIFE+</b> bid titled SEJAR – Socio-Economically Just climate Adaptation Responses.  Ideal partners would be another local/ regional authority, or other relevant organisations (e.g. voluntary/ third sector), that are interested in building climate resilient communities.
03 <b>IEE – STEER</b>  UK	Paul Mathieson <a href="mailto:paulmathieson@southend.gov.uk">paulmathieson@southend.gov.uk</a> +44 (0)1702 215321 +44 (0)7752 587743  urgent	Southend-on-Sea in the East of England is looking for partners in their <b>Intelligent Energy Europe</b> project on the 'Sustainable Mobility for an Ageing Population'.



		<p>They are looking to invite two further partners from different Member States that have adopted age-friendly policies. Ideally, they should be local authorities with a legal responsibility for highways and/or transportation and experience in implementing behavioural change policies</p>
<p>04 <b>IEE</b>  Spain</p>	<p>Contact: <a href="mailto:ybondar@bseurope.com">ybondar@bseurope.com</a>  Deadline for a call: 8 of May 2013.</p>	<p>Castellon University is searching for partners for the <b>Intelligent Energy Call</b> - Efficient Bicycle for Smart Cities.</p> <p>The project is tackling challenges of energy efficient transport and citizens contribution to it. It is focused on support of the European process of transition from the car based personal mobility in urban environment to the green e-mobility based on cycling with a new approach: bicycle is an ecological and efficient transport solution which can be an energy source generated by proper user. I am attaching you the outline with the details.</p> <p>They are very interested in involvement of big municipalities that have bicycle platforms so that the cities could benefit from the pilot-project.</p>



## Büro intern - TIPP

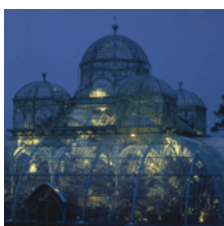


### ➤ Tipp – Die Königlichen Gewächshäuser in Laeken öffnen ihre Tore (EAG)

Die königlichen Gewächshäuser von Laeken waren sowohl zur Zeit ihrer Entstehung (1874-1905) und sind auch noch heute etwas ganz Besonderes. Zum einen sind es die riesigen Glaskonstruktionen, zum anderen sind es die einzigartigen Pflanzensammlungen, die die Besucher in Erstaunen versetzen.

Der Architekt Alphonse Balat und sein Lehrling Victor Horta haben im Auftrag von König Leopold II. den Gewächshauskomplex, der sich an das Schloss von Laeken anlehnt, entworfen.

Alljährlich zwischen Ende April und Anfang Mai – in diesem Jahr vom **19.04.-12.05.** -öffnen sich die Tore der königlichen Gewächshäuser und jedes Jahr kommen Zehntausende und besichtigen die riesigen Glaskuppeln, die gläsernen Passagen, die zahlreichen Palmen und die exotische Pflanzenarten.



Die Namen der einzelnen zu besichtigenden Anlagen weisen auf ihre jeweilige Funktion hin: Wintergarten, Speisesaalgewächshaus, Theatergewächshaus, Spiegel- und Dianagewächshaus. Im Mittelpunkt steht der Palmengarten, ein architektonisches Meisterwerk aus Glas und Stahl mit einer Kuppelhöhe von 25 m und bis an die Decke reichenden mächtigen Dattelpalmen.

Die Gewächshäuser zu unterhalten erfordert Präzisionsarbeit und eine perfekte Organisation. Für die oft sensiblen Pflanzen und Blumen wurde ein ausgeklügeltes Heizungssystem eingebaut, einige der Pflanzen benötigen mehr als 18 Grad, andere brauchen nur 10 bis 14 Grad um zu gedeihen. Insgesamt sorgen 14 Heizkessel für warmes Wasser, das in 28km langen Rohren zirkuliert. An heißen Tagen werden bis zu 52.000 Liter Wasser zum Gießen und Sprengen der Pflanzen benötigt, die natürlich kein „Brüsseler Leitungswasser“ vertragen, sondern nur säure- und salzarmes Wasser. Blumenwasser wird daher dem „Karpfenteich“ im Schlosspark entnommen. Der Besuch der Gewächshäuser sollte in keinem Frühlingsbesuchsprogramm der belgischen Hauptstadt fehlen.

Details: [http://www.opt.be/informations/events\\_laeken\\_visit\\_the\\_royal\\_greenhouses\\_in\\_laeken/en/E/19305.html](http://www.opt.be/informations/events_laeken_visit_the_royal_greenhouses_in_laeken/en/E/19305.html)

[http://www.opt.be/informations/tourist\\_attractions\\_laeken\\_royal\\_greenhouses\\_in\\_laeken/en/V/17486.html](http://www.opt.be/informations/tourist_attractions_laeken_royal_greenhouses_in_laeken/en/V/17486.html)

[www.monarchie.be](http://www.monarchie.be)

ÖPNV: Bus: 53 / Tram: 4, 19, 23.

Die Gewächshäuser sind – außer an Montagen – von 09:30 bis 16:00 Uhr und am Wochenende zusätzlich von 20:00 bis 22:00 Uhr geöffnet.



Am 19.04. wird es von 08:00-10.00 Uhr einen Sondertermin für die Presse geben. Der 23.04. ist für Personen mit Behinderungen vorgesehen.

Adresse:

Domaine Royal de Laeken

Avenue du Parc Royal

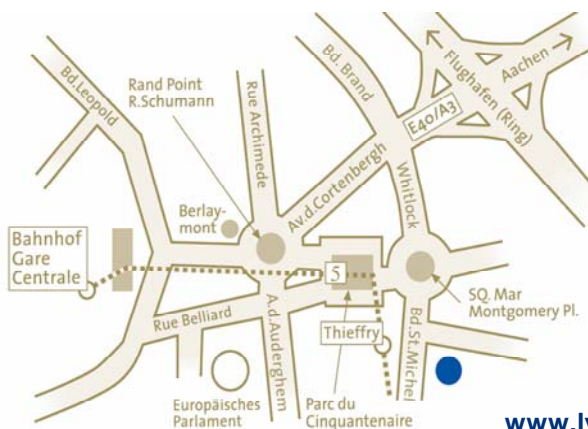
1020 Bruxelles

Tel.: +32-2-5138940





# So erreichen Sie uns



**Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der EU**

Boulevard Saint Michel 80  
B-1040 Brüssel

Tel (Sekretariat) ++32.2.741.09.31  
Fax ++32.2.741.09.39

[www.lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de](http://www.lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de)

[vorname.nachname@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de](mailto:vorname.nachname@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de)

➤ **Ansprechpartnerinnen / Ansprechpartner**

Name	Fachbereiche und Themen	☎	✉
<b>Dr. Henrike Franz (HF)</b> Leiterin des Büros	Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	✉ <a href="#">E-Mail</a>
<b>Carmen Johanssen (Jo)</b> Stellvertretende Leiterin	Presse ÖA, Info-Gesellschaft, Medien	...33	✉ <a href="#">E-Mail</a>
<b>Thomas Rieke (TR)</b>	Wissenschaft und Wirtschaft	...10	✉ <a href="#">E-Mail</a>
<b>Andre Lange (AL)</b>	Justiz, Innen und AdR	...18	✉ <a href="#">E-Mail</a>
<b>Christine Bormann (CBn)</b>	Finanzen, Landesentwicklung, Verkehr	...38	✉ <a href="#">E-Mail</a>
<b>Dr. Margarete Schwarz (MS)</b>	Landwirtschaft, Umwelt	...12	✉ <a href="#">E-Mail</a>
<b>Christine Kuhn (CK)</b>	Gesundheit, Soziales und Arbeit	...16	✉ <a href="#">E-Mail</a>
<b>Frank Leeb (FL)</b>	Bildung und Kultur,	...19	✉ <a href="#">E-Mail</a>
<b>Elke Andrea Große (EAG)</b>	Redaktion Wochenspiegel, Veranstaltungsorganisation, Tourismus	...32	✉ <a href="#">E-Mail</a>
<b>Doris Bergner (DB)</b>	Verwaltung	...36	✉ <a href="#">E-Mail</a>
<b>Antonietta Hofmann (AHof)</b>	Assistenz Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	...31	✉ <a href="#">E-Mail</a>
<b>Karen Schlüter (KS)</b>	Hospitantin / Forschung	...34	✉ <a href="#">E-Mail</a>
<b>Csilla Karcza (CKa)</b>	Hospitantin aus Ungarn	...23	✉ <a href="#">E-Mail</a>
<b>Julia Baumann (JB)</b>	Praktikantin	...22	✉ <a href="#">E-Mail</a>
<b>Christian Wahl (CW)</b>	Praktikant	...22	✉ <a href="#">E-Mail</a>
<b>Anna Rabe (AR)</b>	Praktikantin	...14	✉ <a href="#">E-Mail</a>
<b>Lukas Vogelsang (LV)</b>	Praktikant	...14	✉ <a href="#">E-Mail</a>



## Impressum

Herausgeber:  
Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der Europäischen Union  
Boulevard Saint Michel 80  
1040 Brüssel

Verantwortliche Redakteurin: Elke Andrea Große  
Fotos: Elke Andrea Große, Internet (wenn nicht anders ausgewiesen)  
Layout: Wibke Pörschke

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen. Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte direkt an den jeweiligen Mitarbeiter.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.